

# Einwohnerrat Pratteln

## Votenprotokoll Nr. 411

**Einwohnerratssitzung vom Montag, 21. November 2011, 19.00 Uhr in der alten Dorfturnhalle**

---

Anwesend	37/36 Personen des Einwohnerrates 6 Personen des Gemeinderates
Abwesend entschuldigt	Einwohnerrat: Patrick Freund, Dominik Holenstein, Roland Kuny Gemeinderat: GP Beat Stingelin
Vorsitz	Philippe Doppler, Präsident
Protokoll	Joachim Maass
Weibeldienst	Martin Suter

---

### Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

1.	Ersatzwahl für das Wahlbüro für den Rest der Amtsperiode: Simon Schärer, SVP, anstelle von Mirjam Gloor	2766
2.	Teilrevision Personalreglement - 2. Lesung	2752
3.	Aufstockung Stellenplan um 330 Stellenprozente	2760
4.	Sondervorlage Programm Projets urbains Phase 2, 2012-2015: Integrale Gebietsentwicklung	2762
5.	Ersatz Radargerät für Geschwindigkeitskontrollen	2761
6.	Bericht der BPK an den Einwohnerrat zum Geschäft "Quartierplanung Bahnhofplatz" - 1. Lesung	2732
7.	Bericht der BPK an den Einwohnerrat zum Geschäft "Quartierplanung Ceres" - 1. Lesung	2733
8.	Netzsanierung und -ausbau GGA	2759
9.	Teilrevision des Reglements über die Kinder- und Jugendzahnpflege - 2. Lesung	2749
10.	Neues Reglement über den Kreismusikschulfonds - 2. Lesung	2750
11.	Teilrevision Zonenplan Landschaft mit Zonenreglement Mutationen Nr. 2 – 9, - 2. Lesung	2650
12.	Sondervorlage Projekt Frühe Förderung	2763

13. Reglement über die Gewährung von Förderbeiträgen an die Nutzung erneuerbarer Energieträger (Energieförderreglement) - 1. Lesung 2755
14. Fragestunde (nach der Pause)

### **Begrüssung durch Philippe Doppler, Präsident**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich begrüsse sie zur 411. Sitzung des Prattler Einwohnerrates heute am 21. November 2011. Ebenfalls begrüsse ich die Vertreter der Presse sowie auch die zahlreichen Zuhörerinnen und Zuhörer im Publikumsbereich, was davon zeugt, dass wir heute eine sehr interessensgeladene Traktandenliste haben. Wie sie bereits auf der Einladung gesehen haben, hat das Büro des Einwohnerrates die Beratungsdauer bis um 23.00 Uhr angesetzt, weil der Gemeinderat noch einige dringende und budgetrelevante Geschäfte vorgelegt hat und auch verschiedene Investoren auf die Entscheide des Einwohnerrates zu den Quartierplänen warten. Dem Büro des Einwohnerrates wurde vom Gemeinderat ursprünglich beantragt, eine Doppelsitzung am heutigen Montag und morgigen Dienstag durchzuführen. Um die Beschlussfähigkeit sicherzustellen, hat das Büro entschieden, sich an die schon seit längerem bekannten Sitzungstermine zu halten und diese jeweils bei Bedarf zu verlängern. So behält sich das Büro des Einwohnerrates auch vor, die Sitzung im Dezember bis 23.00 Uhr anzusetzen, wenn die dringendsten Traktanden nicht schon früher abgehandelt wurden. Im Geschäftsreglement des Einwohnerrates § 3.2.4.3 steht: „Alle sollen ihr Votum klar und kurz zur Sache halten; Wiederholungen sind zu vermeiden.“ Ich hoffe, mit der Einhaltung dieses Paragraphen können wir erreichen, dass die Dezembersitzung nicht auch bis um 23.00 Uhr dauert. Um die kommenden 4 Stunden einigermaßen erträglich zu gestalten, hat das Sekretariat in Absprache mit dem Büro einen kleinen Imbiss organisiert, der in Form von Sandwiches in der Pause angeboten wird. Herzlichen Dank an das Sekretariat für die Organisation. Die Pause wird nach rund 2 Stunden angepeilt.

### **Präsenz**

Entschuldigt ist vom Gemeinderat GP Beat Stingelin. Es sind 37 Personen des Einwohnerrates anwesend und der Rat ist beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 19, das 2/3-Mehr 25 Stimmen.

### **Mitteilungen**

Das Protokoll der letzten Einwohnerratssitzung enthält einen Tippfehler. In den meinem einleitenden Votum wurde protokolliert, dass „in Anbetracht der Wahlen vom kommenden März ... mit einigen persönlichen Verstössen zu rechnen sei“. Natürlich handelt es nicht um Verstösse, sondern um Vorstösse. Das Originalprotokoll wurde korrigiert, auf einen erneuten Versand wird verzichtet.

### **Neue parlamentarische Vorstösse**

Bis vor der Sitzung wurden keine neuen persönlichen Vorstösse eingereicht. Für die Fragestunde liegt 1 Frage vor, die nach der Pause behandelt wird.

### **Bereinigung des Geschäftsverzeichnisses**

Die Dringlichkeit einzelner Geschäfte schlägt sich in der Reihenfolge der Traktanden nieder. Darum bitten wir, die Reihenfolge so zu lassen, wie sie hier vorgesehen ist. Das Büro beantragt, auf Grund der Abwesenheit von Roland Kuny Traktandum 14 für heute abzusetzen; es handelt sich um ein von Roland Kuny eingereichtes Postulat.

Es gibt keine weiteren Bemerkungen zum Geschäftsverzeichnis und daher wird nach dem bereinigten Geschäftsverzeichnis verfahren.

---

### **Beschlüsse**

#### **Geschäft Nr. 2766**

#### **Ersatzwahl für das Wahlbüro für den Rest der Amtsperiode: Simon Schärer, SVP, anstelle von Mirjam Gloor**

Es gibt keine weiteren Wahlvorschläge und der Einwohnerrat wählt in stiller Wahl in das Wahlbüro für den Rest der Amtsperiode bis 30. Juni 2012:

://: Simon Schärer, SVP

**Philippe Doppler** gratuliert Simon Schärer und wünscht ihm spannende Wahlkämpfe.

---

#### **Geschäft Nr. 2752**

#### **Teilrevision Personalreglement - 2. Lesung**

##### Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 2. September 2011

**Bruno Baumann:** Ich erlaube mir, in der 2. Lesung den Antrag der SP noch einmal zu stellen. Dies hat überhaupt nichts mit Zwängerei zu tun, dafür haben wir die 2. Lesung. Mit dem neuen Personalreglement profitieren alle Personen unter 60 Jahren von diesen Mehrferien. Auf der Strecke bleiben leider die über Sechzigjährigen und daher stelle ich noch einmal den Antrag, dass die über sechzigjährigen 32 Arbeitstage Ferien haben.

**Antrag von Bruno Baumann SP**

**Rolf Hohler:** Auch ich bringe meinen Antrag noch einmal, auch nicht aus Trotz, sondern weil ich sage: Die Gemeinde muss zwar attraktiv für Arbeitnehmende werden bzw. bleiben, aber nichtsdestotrotz... Ich komme aus einem Betrieb, der dem Baugewerbe angeschlossen ist und wir haben bis zum 50-igsten Altersjahr 22 Tage Ferien und ab 50 Jahren 25 Tage. Ich begreife, dass die Gemeinde attraktiv bleiben will und hier ist ein Kompromissvorschlag: Der Ferienanspruch beträgt 23 Tage pro Kalenderjahr. Er erhöht sich wie folgt: ab 30 – 49 Jahre: 25 Tage, ab 50 – 59 Jahre: 27 Tage, ab 60 Jahre: 30 Tage. Dies sind mehr Tage, als in der Privatwirtschaft. Weiter bin ich immer noch sehr kritisch, ob dies wirklich so kostenneutral sein soll, wie der Gemeinderat sagt, für mich geht dies nicht auf. Wenn von 100 Leuten alle mindestens 2 Tage mehr Ferien haben, soll er diese Rechnung wirklich zeigen und ich verspreche auf nächstes Jahr, dass ihr alle sehen werdet, dass es nicht kostenneutral sein kann.

**Antrag von Rolf Hohler SVP**

Verfahren zur Abstimmung

1. Gegenüberstellung der Anträge von Bruno Baumann, SP und Rolf Hohler, SVP.
2. Gegenüberstellung des obsiegenden Antrages dem des Gemeinderates.

Abstimmung 1

Gegenüberstellung der Anträge von Bruno Baumann, SP und Rolf Hohler, SVP

://: Der Antrag der SP erhält 12 Stimmen und der Antrag der SVP 19 Stimmen bei 6 Enthaltungen. Somit absiegt der Antrag der SVP.

Abstimmung 2

Gegenüberstellung der Anträge von Rolf Hohler, SVP und dem des Gemeinderates

**Der Antrag des Gemeinderates lautet:** Der Ferienanspruch beträgt 25 Arbeitstage pro Kalenderjahr. Er erhöht sich im Kalenderjahr, in welchem das 50. Altersjahr vollendet wird, auf 27 Arbeitstage und im Kalenderjahr, in welchem das 60. Altersjahr vollendet wird, auf 30 Tage.

://: Der Rat stimmt dem Antrag des Gemeinderates mit 26 Stimmen gegenüber 11 Stimmen bei 0 Enthaltungen zu.

Die 2. Lesung ist abgeschlossen und es folgt die Schlussabstimmung

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr zu 8 Nein bei 2 Enthaltungen:

://: Die Teilrevision des Personalreglements vom 24. Januar 2000 (Ordn. Nr. 02.01) wird gemäss Erlassentwurf verabschiedet.

Das Reglement unterliegt dem fakultativen Referendum. Ablauf der Referendumsfrist: 27. Dezember 2011.

---

**Geschäft Nr. 2760**

**Aufstockung Stellenplan um 330 Stellenprozente**

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 24. Oktober 2011

**GR Max Hippenmeyer:** In Vertretung von GP Beat Stingelin, der in den wohlverdienten Ferien weilt, gebe ich gerne einige Erläuterungen zu dieser Vorlage ab. Alle die mich kennen, wissen, dass ich in Personalfragen ein sogenannter Hardliner bin und zusätzliche Stellenbedürfnisse immer kritisch hinterfrage. Als Finanzchef ist mir nämlich bewusst, dass Personalkosten jährlich wiederkehrend und in unserem System nur schwerlich zu reduzieren sind. Dies gesagt, muss ich Ihnen aber mitteilen, dass jetzt dringender Handlungsbedarf besteht und ich deshalb aus voller Überzeugung hinter diesem Antrag stehe. Es steht in der Vorlage geschrieben: Der Gemeinderat hat sich in den letzten Jahren zusammen mit der Verwaltung sehr bemüht, den laufend zunehmenden Arbeitsanfall durch Nutzung von Synergien, Rationalisierungen, organisatorische Optimierungen und Auslagerungen, mit den bestehenden Personalressourcen aufzufangen. Ein Blick auf die Entwicklung der Personalkosten für das Verwaltungspersonal beweist dies eindrücklich: So sind die Kosten im Budget 2012 um CHF 388'000 oder 3,6% tiefer als in der Rechnung 2006, die neuen Stellen bereits mit eingerechnet. Und niemand hier will behaupten,

dass die Aufgaben und die Anspruchshaltung aus Bevölkerung und Politik in den letzten 5 Jahren kleiner geworden sind. Aber jetzt ist die Zitrone ausgepresst und der Handlungsspielraum ist erschöpft. Neue oder zusätzliche – auch vom Einwohnerrat geforderte – Aufgaben und die dringend notwendige Ausweitung der Ressourcen im IT-Bereich (inkl. GGA) können nicht mehr bewältigt werden ohne Aufstockung des Stellenplans. Die Organisation der Verwaltung liegt im Aufgabenbereich des Gemeinderates, der Einwohnerrat bewilligt dazu via Stellenplan „nur“ die notwendigen Ressourcen. Selbstverständlich soll der Einwohnerrat jedoch wissen, wie der Gemeinderat die angeforderten Stellenprozente einsetzen will. Das haben wir in der Vorlage im Detail aufgezeigt und begründet. Die Verlockung als Einwohnerrätin/Einwohnerrat ist natürlich gross, nun über Sinn oder Unsinn und Umfang der beabsichtigten Verwendung der zusätzlich geforderten Stellenprozente zu diskutieren. Aber eine solche Diskussion ist absolut nicht zielführend, weil es, wie gesagt, nicht in Ihrer Kompetenz liegt zu bestimmen, wie die verlangten Stellenprozente verwendet werden sollen. Deshalb bitte ich Sie, davon abzusehen. Sie können debattieren, ob 330% ausreichen oder ob das zu viel ist und in diesem Fall eine Kürzung beantragen. Allerdings stellt sich für mich dann die Frage, wie dies aus der Distanz und ohne detaillierte Kenntnis der Abläufe auf der Verwaltung begründet werden kann, denn der Gemeinderat hat die Bedürfnisse aus nächster Nähe genauestens abgeklärt und ist zum Schluss gekommen, dass 330% tatsächlich nötig sind. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Eine allfällige Befristung der beantragten Aufstockung ist nicht sinnvoll, da die neuen oder zusätzlichen Aufgaben einen permanenten Charakter haben und nicht Teil eines Projektes sind. Ausserdem ist die Rekrutierung bei befristeten Stellen in der Regel sehr schwierig. Die für diese Aufstockung erforderlichen Personalkosten in der Höhe von CHF 348'000 sind im Voranschlag 2012 bereits enthalten. Der Anstieg gegenüber dem Budget 2011 beträgt 1,5%. Diese CHF 348'000 sind übrigens etwas mehr als die Hälfte dessen, was wir jährlich für den Strassenunterhalt ausgeben wollen. Gemeinderat und Verwaltung wären bei einer Ablehnung dieses Antrages sehr enttäuscht, weil dadurch die operativen Gestaltungsmöglichkeiten arg beeinträchtigen würden. Die Umsetzung eines Kommunikationskonzeptes und somit ein professionelle Kommunikation nach aussen und gegen innen (Image, Standortmarketing) wären nicht möglich. Ebenso wenig könnten wir die sehr guten Erfahrungen der Schulsozialarbeit auf Stufe Sekundarschule nicht auf die stufen kindergarten und Primarschule herabbrechen. Und somit nicht an der Basis der meisten Probleme tätig werden. Auch der dringende Ausbau unseres IT-Teams könnte nicht umgesetzt werden und dort ist seit längerer Zeit eine Stellvertretung nicht gewährleistet. Ein Ausfall von Andy Hofer würde, gelinde gesagt, grosse Probleme verursachen, um nicht das Wort GAU zu erwähnen. Deshalb bitte ich Sie, auf die Vorlage einzutreten und dem Antrag auf Aufstockung des Stellenplans um 330% zuzustimmen.

### Das Büro beantragt Eintreten und Direktberatung

#### Eintreten

**Christoph Zwahlen:** Die Unabhängigen und Grünen haben die Vorlage angeschaut und gefunden, dass es eine gute Vorlage sei. Gut ausgeführt und detailliert und man hat alle Informationen, die es braucht. Das heisst aber nicht, dass wir mit dem Inhalt einverstanden sind, besonders beim Kommunikationsbeauftragten und dem Schulsozialdienst. Dort plädieren wir für eine Befristung, damit man eine Evaluation macht und wir wieder etwas hören und es nicht einfach weiterläuft. Nicht, weil wir meinen, es sei sinnlos, aber sonst hört man nie wieder etwas davon.

**Christian Schäublin:** Die SVP-Fraktion hat diese Vorlage auch kritisch angeschaut. Wenn man die Stellenbeschreibungen liest, machen sie in sich Sinn, aber man muss sehen, dass es sich um einen Ausbau der Verwaltung handelt, der unbefristet ist. Wie es GR Max Hippenmeyer gesagt hat, geht es jährlich um über CHF 300'000, die mehr ausgegeben werden. Die Rechnung von Pratteln sieht seit einigen Jahren sehr gut aus und

kaum hat man mehr Geld, wird wieder mehr ausgegeben. Eine Frage: Dieses Jahr im August sind die Sekundarschulbauten an den Kanton übergegangen. Unserem Wissensstand nach sollten damit auch verschiedene Abwärtsstellen an den Kanton übergegangen sein. Wie viele Stellen sind von der Gemeinde an den Kanton übergegangen?

**Bruno Baumann:** Auch die SP ist für Eintreten und Direktberatung und bedankt sich für die gute und detaillierte Vorlage. Später kommen noch einige Bemerkungen.

**GR Max Hippenmeyer:** Die Frage von Christian Schäublin ist berechtigt. Tatsache ist, dass die Sekundarschulhäuser zum Kanton gewechselt haben und die Hauswartstellen nicht mehr neu belegt werden. Es betrifft dies 1 Stelle und die Ehefrau und diese Person wurde pensioniert und eine andere Stelle war bereits früher befristet und im Stundenlohn ausgeführt und nicht im Stellenplan enthalten. Die Übertragung ist noch nicht rechtsgültig und darum wurde der Stellenplan noch nicht angepasst. Aus verfahrensökonomischen Gründen machen wir dies in Einem. Diese Personen arbeiten nicht mehr bei der Gemeinde und fallen dem Stellenplan nicht mehr anheim; die vorliegende Kopie ist vom Oktober. Was nicht mehr gebraucht wird, wird gestrichen und was wir zusätzlich brauchen, wird beantragt. Wir haben also keine Tricks gemacht. Man hätte ja auch sagen können, nun wird etwas frei, vielleicht bemerkt es Jemand, wir stellen Jemanden an und schauen, was passiert. Nein, wir spielen mit offenen Karten und der Stellenplan muss noch um rund 170 – 180% angepasst werden. Die Abteilung Bau ist noch daran, dies genau herauszufinden und nachher wird angepasst, im Amtsbericht publiziert und die GPK hat Gelegenheit, es nachzuprüfen. Weil es so ist, brauchen wir neue Stellen; wir sind hier nicht auf dem Bazar. Wir legen etwas auf die Seite, das wir nicht mehr brauchen und wenn wir etwas Neues machen, wird es hier beantragt.

**Dieter Stohler:** Diejenigen, die in leitender Funktion tätig sind, haben diese Situation manchmal vor sich. Es kommt ein Mitarbeiter oder Abteilungsleiter zu ihnen und sagt „Ich brauche mehr Personal“. In meinem Betrieb habe ich 2 Arten von Mitarbeitenden, wenn ich sie pauschalieren will. Der Eine kommt zu mir und sagt „Ich brauche eine 100%-Stelle“ und ist dann zufrieden, wenn er eine 50%-Stelle hat. Hier wird das Doppelte verlangt von dem, was er effektiv braucht. Der andere Mitarbeiter kommt, verlangt 100% und braucht auch objektiv 100%. Als Vorgesetzter geht es euch vielmals auch so, dass man weit weg vom Geschütz ist und nicht genau beurteilen kann, wie viele Prozent es wirklich braucht. In dieser Situation befinde ich mich als Einwohnerrat auch. Wir können nicht beurteilen, für Was es wie Viel braucht und darum sagt die FDP, dass sie sich nicht an einem orientalischen Bazar beteiligt. Wir nehmen den Gemeinderat bei seiner Verantwortung, denn er hat in seiner Vorlage aufgelistet, warum es was braucht und wir haben keinen Grund, daran zu zweifeln, dass es dies braucht und wir werden dieser Vorlage zustimmen und sind auch für Eintreten. Eine generelle Bemerkung zu dieser Distanz: Ob der Stellenplan von über 10'000% in der Summe richtig ist und ob über Umorganisation usw. vielleicht reduziert werden könnte, möchten wir nicht in Abrede stellen, dies wäre durchaus möglich. Wir können es nicht beurteilen. Generell sind wir der Meinung, dass wir eh nicht über einen Stellenplan steuern sollen und damit schliesst sich der Kreis zu meinem Input an der letzten Sitzung - Steuern durch das Parlament über Input bzw. Ressourcen ist grundsätzlich falsch - dies sollte über Leistungen erfolgen: Was ist eine Aufgabe der Gemeinde und was ist keine und dies sollte unsere entscheidende Frage sein. Stichwort Globalbudgetierung. Ich bitte sie um Zustimmung.

**Urs Hess:** In der Beilage 1 heisst es „Stellen am 11. Oktober 104.8 Stellen“ und „Stellenbesetzung 101.04“. Dies heisst, dass 3.8 Stellen nicht besetzt und damit diese 3.3 Stellen bereits darin enthalten sind bzw. die Differenz ist ja noch grösser. Dazu möchte ich noch eine Auskunft von GR Max Hippenmeyer.

**Emanuel Trueb:** Die CVP ist für Eintreten und Direktberatung und wir danken für die gute Vorlage, ausführliche Stellenbeschreibung. Ich bin auch in der Rolle eines Vorgesetzten und ich weiss, was es bedeutet, wenn jemand ein solches Gesuch stellt und ich

das nötige Vertrauen in den Gemeinderat, dass er dann kommt, wenn er die Stellen braucht und dass ist jetzt.

**GR Max Hippenmeyer:** Die Differenz stellt sich so dar: Die Stellenbesetzungen sind offen, momentan nicht besetzt. 100% ist der Abteilungsleiter Finanzen, der am 1. März beginnt, 50% ist eine Fachverantwortliche für die mobile Jugendarbeit, dort ist die Rekrutierung im Gang, 20% sind in Hochbau, Tiefbau, Umwelt und Kataster. Diese Person ist momentan zu 80% angestellt, später zu 100%, dies wird angepasst und 210% ist die betriebliche Gebäudebewirtschaftung inklusive Schwimmbad, wo es auch Saisonstellen gibt. Diese Differenz war uns bewusst; es handelt sich um gegenwärtig unbesetzte Stellen, für die Personen angestellt sind. Wenn alle angestellt sind, geht es Null zu Null auf.

### Direktberatung

**Patrick Weisskopf:** Wir von der Fraktion der Unabhängigen und Grünen haben den Stellenplan mit der Aufstockung auch sehr gut angeschaut und hatten lange Diskussionen, besonders über den Kommunikationsberater. Wir sind der Meinung, Kommunikation ist wichtig und darum möchten wir ihn nicht streichen. Wir haben aber gefunden, dass wir die Stellenprozente trotzdem kürzen müssen, weil im vorherigen Geschäft, dem Personalreglement, versprochen wurde, es sei kostenneutral durchzuführen. Und im nächsten Geschäft kommt trotzdem eine Aufstockung. Wir stellen darum den **Antrag 1**, dass die Stellenprozente um 310 hinaufgesetzt werden auf 10'794. Bei den anderen Stellen haben wir uns gefragt, wie ist es denn. Wir haben nun ein Geschäft, in dem es darum geht, schon im Kindergarten das Steuer richtig zu stellen. Wir machen also schon sehr viel Aktion, bereits um die Kinder in die Spielgruppe zu bringen und mit HARMOS kommen noch grosse Änderungen auf uns zu. Wir sind dafür. Wir haben noch einen **Antrag 2** und sagen: Von diesen Stellenprozent, die wir jetzt bewilligen, unabhängig, ob der 1. Antrag angenommen oder abgelehnt wird, sollen 160 Stellenprozente auf 4 Jahre befristet werden. D. h. der Gemeinderat soll nach 3 Jahren abklären, ob es etwas gebracht hat und ob die Erwartungen erfüllt wurden. Dann lässt sich sagen, ob man diese anders einsetzen oder weiterziehen will. Wie der Gemeinderat die Stellenprozente aufteilt, ist ihm überlassen, weil wir es ja nicht so detailliert beraten.

### **Antrag 1 und Antrag 2 von Patrick Weisskopf, Unabhängige und Grüne**

**Christian Schäublin:** An GR Max Hippenmeyer: Wenn wir dies nun ausrechnen, was du gesagt hast, diese 170 Stellenprozente, dann würdet ihr diese wieder abziehen, sobald diese Stellen an den Kanton übergehen würden. Wir schlagen vor, dass man diese 170 Stellenprozente schon jetzt von den 330 Stellenprozenten abzieht mit dem Vorteil, dass ihr dann nicht mehr mit einer Vorlage kommen und kürzen müsst, sondern dies schon jetzt einrechnet. Dies bedeutet, und dies ist unser Antrag, dass wir die Stellenprozente um 160 statt auf 330 Stellenprozente erhöhen.

### **Antrag von Christian Schäublin, SVP**

**Bruno Baumann:** Die Gemeindeverwaltung leistet sehr gute Arbeit und ihr gehört an dieser Stelle wirklicher Dank. Nun ist es leider so, dass die Gemeinde stellenprozentmässig am Anschlag, wenn nicht sogar auf dem Zahnfleisch läuft. Eine Aufstockung um diese 330 Stellenprozente, wie es diese gute Vorlage vorsieht, ist längst nötig gewesen. Endlich wird eine professionelle Kommunikationsstelle von 70% geschaffen. Klare und professionelle Aussagen von dieser Person zu und über die Gemeinde Pratteln und vor allem bei einem Ereignis -man kann bei dieser Person nachfragen- ist sehr wichtig und schafft Transparenz und Vertrauen. Längst nötig ist auch die Aufstockung dieser 160 Stellenprozente bei der Schulsozialarbeit und Kinder- und Primarschule. Sind es doch gerade Kinder und Jugendliche, die überdurchschnittlich stark von sozialer Belastung wie Arbeitslosigkeit und anderen sozialen Situationen ihrer Eltern betroffen sind. Wir erhoffen uns, dass mit der Schaffung dieser neuen Stelle die Lehrer von den sozialen Problemen ihrer Schülerinnen und Schüler entlastet werden. Die Gemeinde wächst und

wächst und spätestens nach den Neubauten Häringtower, CERES und Bahnhofplatz wird die Einwohnerzahl noch mehr ansteigen. D. h. dass auch die Infrastruktur angepasst werden muss. Die Anzahl der IT-Benutzer ist stark gestiegen und als wir früher noch 2 Server hatten, braucht es heute wesentlich mehr. Es kann und darf nicht sein, dass das IT-Team nur noch Fehlerbehebungen und die allerwichtigsten Arbeiten vornehmen kann, aber keine Ausbauten mehr. Wir sind auch froh, dass dies bereits im Budget enthalten ist und darum finden wir von der SP ganz klar, dass die Aufstockung dieser 330 Stellenprozente notwendig und zielorientiert ist. Zum Antrag der Unabhängigen und Grünen: Diesen lehnen wir aus denjenigen Gründen ab, die ich ihnen gerade erläutert habe und hoffe, dass ihr diesem Antrag nicht zustimmt. Ich beantrage diese Aufstockung um 330 Stellenprozente als dringend notwendig.

**Emanuel Trueb:** Eigentlich handelt es sich um eine Situation, bei der man die Frage stellen muss, ob wir zum Gemeinderat Vertrauen haben, der dann kommt, wenn er wirklich einen Bedarf an Stellenprozente hat. Ich muss sagen, so wie ich den Gemeinderat in dieser Zeit, in der ich im Einwohnerrat bin, kennen gelernt und geschaut habe, wie sorgfältig mit den Finanzen und auch dem Personalgeld umgegangen wird, habe ich die Auffassung, dass man nun Vertrauen haben sollte. Der Gemeinderat kommt und sagt, nun ist der Zeitpunkt da, an dem wir Stellenprozente brauchen. Ich gehe nicht darauf ein, ob nun 70 oder 80% für die Kommunikation einzusetzen sind, dies ist in der Kompetenz des Gemeinderates und er soll die Prozente dort einsetzen, wo er sie wirklich braucht. Wenn der Gemeinderat sagt, dass er jetzt diese Stellenprozente braucht, muss man dies nicht à priori anzweifeln. Ich habe wirklich die Meinung, dass wir nicht damit zum Ausdruck bringen müssen, dass die Arbeit auf der Gemeindeverwaltung ineffizient geleistet wird, sondern wir erleben die Arbeit der Gemeinde als wertvolle Arbeit und ich bin der Meinung, es sei nun an der Zeit, der Vorlage, so wie sie hier vor uns liegt, zuzustimmen. Ich bitte daher, auf die Anträge Weisskopf und Schäublin nicht einzutreten.

**GR Max Hippenmeyer:** Ich danke Emanuel Trueb für seine Worte, er hat mir aus dem Herzen gesprochen und wir sind nun mitten in der Debatte, wo wir eigentlich nicht sein sollten. Zu Patrick Weisskopf: Ob die Kommunikationsstelle 50 oder 70% sein soll, ist Aufgabe des Gemeinderates. Wir haben 70% vorgeschlagen, weil diese Angabe auf einem professionellen Medienkonzept basiert, das CHF 14'000 gekostet hat und dieser Wert ist nicht einfach aus der Luft gegriffen. Wenn ihr nun zu Kürzen beginnt, kann es gut sein, dass die Kommunikationsstelle trotzdem 70% ist und 20% an anderem Ort eingespargt werden. Überlasst dies dem Gemeinderat. Zu Christian Schäublin: Macht kein Durcheinander. Wir haben auf der einen Seite einen Antrag und auch begründet, für was wir dies brauchen und auf der anderen Seite sind Funktionen und Aufgaben im Schulhaus Fröschmatt weggefallen und dies wird gestrichen. Vermischt dieses nicht. Wir haben mit dem Kanton noch keine gültigen Verträge; ich kann aber zusichern, dass wir das Eine und das Andere machen. Zur Befristung der Schulsozialarbeit: Daniela Berger kann mir sagen, dass dies nicht ein Phänomen ist, das in 3 oder 4 Jahren weg ist, die Tendenz ist eher zunehmend. Solche Stellen sind keine Lebensstellen. Die Leute an diesen Posten sind relativ schnell verbraucht und kündigen nach 3 oder 4 Jahren selber und wenn dann der Gemeinderat das Gefühl hat, man müsse dies nicht mehr machen, suchen wir Niemanden mehr. Auch dies könnt ihr getrost dem Gemeinderat überlassen und ich bitte euch, von einer Befristung abzusehen.

**Urs Hess:** Mein Vertrauen zum Gemeinderat ist auf dem Nullpunkt. Wenn ich denke, wie er uns das Feuerwehrmagazin für CHF 3 Mio. verkauft hat und nun stimmen wir über CHF 8 Mio. ab, habe ich gar kein Vertrauen mehr. Dann muss ich ganz klar sagen, dass diese Abwarte seit dem 1. August beim Kanton angestellt sind und von daher kann man sie problemlos aus dem Stellenplan entfernen. Der Antrag der SVP-Fraktion berücksichtigt, dass es mehr Leute braucht und diese 330% sind an anderem Ort dabei. Abgezogen werden diese anderthalb Abwärtsstellen und so haben in diesem Fall noch 160% für die Aufstockung. Wo der Gemeinderat die Leute einsetzt ist Sache des Gemeinderates.

Ich nehme an, der Medienbeauftragte schreibt dann die Reden des Gemeindepräsidenten und dann können wir diesem den Lohn etwas kürzen.

**Kurt Lanz:** Mich hat erstaunt, dass Urs Hess besser Bescheid weiss über die Anstellungsverhältnisse auf der Verwaltung als die Verwaltung selber. Dieser Anschein entsteht nach der eben gemachten Aussage von Urs Hess. Ich bitte sie, der Vorlage so zuzustimmen, wie es der Gemeinderat vorschlägt. GR Max Hippenmeyer hat nun mindestens 2-Mal erklärt, dass, wenn es eine Veränderung im Zusammenhang mit wegfallenden Stellen gibt, dass diese gestrichen werden. Er hat dies schon in seinem Eintrittsvotum gesagt und aus diesem Grund muss ich sagen „Ich vertraue GR Max Hippenmeyer“ und zusätzlich haben wir seine Aussage noch im Protokoll. Und ich bitte sie, der Vorlage unverändert zuzustimmen, wie sie der Gemeinderat vorschlägt.

#### Verfahren zur Abstimmung

Es liegen 2 Anträge zu unterschiedlicher Aufstockung der Stellenprozente und ein weiterer Antrag zur Befristung von 160 Stellenprozenten auf 4 Jahre vor. Reihenfolge der Abstimmungen:

1. *Gegenüberstellung der beiden Anträge zur Aufstockung der Stellenprozente (Antrag 1 von Patrick Weisskopf, Unabhängige und Grüne, gegen den Antrag von Christian Schäublin, SVP)*
2. *Gegenüberstellung des obsiegenden Antrages dem des Gemeinderates.*
3. *Abstimmung über die Befristung von 160 Stellenprozenten (Antrag 2 von Patrick Weisskopf, Unabhängige und Grüne)*

#### Abstimmung 1

*Gegenüberstellung der Anträge von Patrick Weisskopf, Unabhängige und Grüne, und Christian Schäublin, SVP*

**Der Antrag 1 von Patrick Weisskopf, Unabhängige und Grüne, lautet:** „Der Stellenplan der Gemeinde Pratteln wird per 1. Januar 2012 um 310 Stellenprozente von aktuell 10'484 auf 10'794 aufgestockt.“

**Der Antrag von Christian Schäublin, SVP lautet:** „Der Stellenplan der Gemeinde Pratteln wird per 1. Januar 2012 um 160 Stellenprozente von aktuell 10'484 auf 10'644 aufgestockt.“

://: Der Antrag der Unabhängigen und Grünen erhält 13 Stimmen und der Antrag der SVP 12 Stimmen bei 12 Enthaltungen.

#### Abstimmung 2

*Gegenüberstellung des Antrages 1 von Patrick Weisskopf, Unabhängige und Grüne dem des Gemeinderates*

Der Antrag des Gemeinderates verlangt eine Aufstockung um 330 Stellenprozente und der Antrag 1 der Unabhängigen und Grünen eine Aufstockung um 310 Stellenprozente.

://: Der Rat stimmt dem Antrag des Gemeinderates mit grossem Mehr gegenüber 9 Stimmen zu.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Ablauf der Referendumsfrist: 27. Dezember 2011.

### Abstimmung 3

*Abstimmung über die Befristung von 160 Stellenprozenten*

**Der Antrag 2 der Unabhängigen und Grünen lautet:** „Befristet sind 160% auf 4 Jahre.“

://: Der Rat lehnt den Antrag mit grossem Mehr ab.

---

## **Geschäft Nr. 2762**

## **Sondervorlage Programm Projets urbains Phase 2, 2012-2015: Integrale Gebietsentwicklung**

### Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 25. Oktober 2011

**GR Ruedi Brassel:** Im März dieses Jahres hat Marcel Schaub als Projektleiter für das projet urbain in diesem Saal vor dem Einwohnerrat das Projekt mit eindrücklichen Folien vorgestellt und der Einwohnerratspräsident Dieter Stohler hat damals gesagt bzw. es ist im Protokoll nachzulesen: „Ein Applaus im Einwohnerrat ist sehr selten und sie haben damit gezeigt, dass das Reporting über dieses Projekt sehr gut angekommen ist.“ Ich wollte dies an den Anfang stellen, weil ich hoffe, dass wir heute nicht zwingend einen Applaus, aber eine Zustimmung des Einwohnerrates für die Verlängerung und Erweiterung dieses Projektes erhalten, das seit 3 Jahren in unserer Gemeinde doch Einiges in Bewegung gebracht hat. Vor 3 Jahren im August 2008 wurde dieses Projekt hier im Saal dem Einwohnerrat vorgestellt und es ging darum, die Projektierung zu bewilligen. Damals wurde es wohlwollend aufgenommen, aber auch Skepsis geäussert. Es war die Rede von einem zahnlosen Papier- oder Projekttiger und wenn wir dieses heute anschauen, so sehen wir, dass der scheinbar zahnlosen Projektskizze doch einige Zähne gewachsen sind. Ich nenne einige der Zähne bzw. Erfolge: Das „Forum Längi“ ist entstanden, eine Beteiligung aus dem Quartier. Es wurden der Spielplatz in der Längi aufgebaut, die Anti-Littering-Kampagne „Abfall und Sauberkeit“ gestartet, die neue Wertstoffsammelstelle in der Längi und der neu gestaltete Grüngürtel mit dem Bewegungspark und ein Quartierbüro geschaffen. Weiter wiedererstand das Längifest, das nun zum 2. Mal stattgefunden hat, der Kontakt und die Zusammenarbeit mit den Liegenschaftsbesitzern hat angefangen und die Frühförderung mit dem Projekt „Musik, Bewegung, Geschichten“, das auch eine Sprachförderung darstellt, was auch im Einwohnerrat stark gefordert wurde, das Forumtheater für Kinder und Jugendliche, die Socceranlage, das Projekt Begegnungszone, Dorfplatz an der Längistrasse ... eine ganze Palette und man könnte noch mehr aufzählen. Eine ganze Palette von Massnahmen, die gegriffen und die Leute aktiviert haben und wo nicht nur das Leben im Quartier verbessert wurde, sondern auch die Wahrnehmung des Quartiers. Diese Ziele sind erreicht und es ist gelungen, Quartierbewohner anzusprechen und zu aktivieren und zur Mitarbeit zu bewegen. Wenn man einen solchen Prozess auf den Weg bringt, ist klar, dass es nicht einfach zu Ende sein kann, es muss weiter gehen und das ist das Ziel der 2. Tranche des projet urbain. Es ist nicht nur gelungen, etwas im Quartier zu bewegen, auch in der Verwaltung, die da ist, für diese Quartierentwicklung die Verantwortung zu übernehmen und mitzutragen. Auch in der Verwaltung hatte dieses Projekt starke Folgen. Es gab eine Zusammenarbeit über die Abteilungen hinweg nicht nur in der Leitung, sondern auch im Konzeptuellen und man kann sagen, dass die Qualität zur Zusammenarbeit über die Abteilungen hinaus eine neue Kultur für gemeinsame Projekte entstehen liess und ich glaube, sie wird weiter über diese Quartierentwicklung hinaus für die Entwicklung der Gemeinde Pratteln wichtig sein. Vor 3 Jahren hat Stefan Löw bei der Beratung des Projektierungskredites dieses als sehr ambitiös bezeichnet und gesagt, es bestünde die Gefahr, dass dies eine Blase werden könnte und die Nachhaltigkeit schliesslich verloren gehe. Er ging sogar

noch weiter und hat gefordert „Das Projekt müsse nach diesen 3 Jahren weiterlaufen und wir müssten später in irgendeiner Form Geld sprechen, sonst sei das Projekt gescheitert.“ Und genau an diesem Punkt stehen wir heute, wo es darum geht, die 2. Phase dieses Projektes einzuleiten. Eine 2. Phase, zu der uns der Bund eingeladen hat -der Bund koordiniert die verschiedenen projets urbains in der ganzen Schweiz. In der 2. Phase geht es grob um die Konsolidierung und den Ausbau der Erfolge in der Längi und um die Ausweitung dieser Erfolge auf 2 weitere Quartiere mit ähnlichen Strukturmerkmalen wie die Längi. Es sind dies die Gebiete Rankacker/Gehrenacker und Egel matt/Stockmatt. Die Entwicklungsfelder bleiben dieselben wie im projet urbain 1 definiert, nämlich das Fördern des Zusammenlebens, von der interkulturellen Kommunikation, von der Sprach- und Sprechförderung in den Quartieren, vom Fördern von sozialen Aktivitäten über Sport, Freizeit usw. Ein 2. Punkt ist die bessere Gestaltung der öffentlichen Räume in diesen Quartieren, die wir jahrelang, jahrzehntelang von Seiten der Gemeinde vernachlässigt haben, der Schaffung gemeinschaftlicher Infrastrukturen, Aufbesserung des Wohnumfeldes und dies geht in das 3. über: Auch Anreize zu schaffen zur Verbesserung der Wohnqualität in den betroffenen Liegenschaften und als Ergebnis von Allem auch eine Verbesserung des Image dieser Quartiere und für ganz Pratteln. Ambitiöse Ziele auch diese, wenn wir auf die weiteren Quartiere schauen, aber ich denke, Pratteln hat in den vergangenen 3 Jahren gelernt, dass solche Ambitionen auch Erfolg haben können. Dies braucht aber auch finanzielle und personelle Ressourcen und heute geht es letztlich darum, diese zu bewilligen. Personelle Ressourcen, die in den Abteilungen in den letzten Jahren unter Aufopferung wirklich der letzten Kräfte über alle Massen massiv Energie in dieses Projekt gesteckt haben. Im Umfang von rund 40% konnten die Abteilungsleitungen entlastet werden, um hier in diesem Projekt stärker eingreifen und mitwirken zu können. Ein weiterer Ressourcenteil ist der externe Support. Wenn sie die Unterlagen anschauen, sehen sie, dass er zu Beginn relativ hoch war und nun langsam absinkt und dies ist genau das Ziel. Der externe Support - wir sind sehr dankbar für das, was Michael Emmenegger und seine Leute bei uns eingebracht haben - aber das Projekt muss auf die eigenen Prattler Beine kommen; dies ist unsere Zielsetzung. Ein weiteres Ziel ist auch, die Partizipation der Bevölkerung zu fördern und dafür braucht es Präsenz vor Ort. Diese haben wir mit dem Quartierbüro eingeführt, der Stellenanteil soll von 60 auf 80% für die Projektdauer erhöht werden und durch das soll auch die Möglichkeit vorhanden sein, nicht nur als Quartierbüro für die Längi tätig zu sein, sondern auch in den anderen Quartieren Fuss zu fassen und auch dort die Entwicklungskoordination zu führen. Insgesamt ist das Projekt 2. Phase mit Kosten von CHF 1.28 Mio. für die nächsten 4 Jahre verbunden und diese verteilen sich so, dass CHF 140'000 der Kanton übernimmt und CHF 200'000 vom Bund kommen und der grosse Rest wird durch die Gemeinde Pratteln getragen. Machen, wenn wir heute Abend Ja sagen, Bund und Kanton mit? Ich habe mir beim Kanton versichern lassen, dass das Geld im Budget 2012 eingestellt ist und es scheint mir auch nicht bestritten. Was den Bund betrifft, so läuft die Evaluation und ein Entscheid sollte Ende November vorliegen. Ich hatte heute noch Kontakt mit der Evaluationsstelle, die für den Bund untersucht und ich habe mir sagen lassen, dass Pratteln in den Augen des Büros „Interface“ sehr gut unterwegs ist und angesichts dessen, dass es in Pratteln überhaupt keine Quartierstrukturen gab, auf die man aufbauen konnte, einen sehr grossen Erfolg bei der Aktivierung der Leute in der Längi hatte. Wenn man jetzt nicht weiterfährt und alle diese guten Ansätze kaputt gehen, ist dies gemäss Aussagen der Evaluationsstelle nicht sinnvoll. Der Boden ist nun vorbereitet und die Früchte können eingefahren werden, indem man das Projekt weiterführt. Vorbildlich ist in diesem Projekt die Ausweitung auf andere Quartiere und die Ausstrahlung auf das ganze Dorf. Man kann zusammenfassen: Die Evaluationsstelle des Bundes sagt - sie geben es natürlich nicht schriftlich ab - es gäbe keine Gründe, Pratteln die Weitersubventionierung zu verweigern. Wir haben die Chance und auch gemerkt, dass es im Medienecho gewirkt hat und sogar das „Echo der Zeit“ hat über dieses vorbildliche Integrationsprojekt berichtet. In anderen Medien und Echos haben wir gesehen, dass diese projets urbains nicht nur für die Quartiere und die dort betroffenen Personen wichtig sind, sondern für ganz Pratteln eine Chance. Eine Chance, das Image zu verbessern und eine Chance vor allem, die Lebensraumbedingungen und das Wohnumfeld der Bevölkerung in 3 wichtigen

Quartieren, in denen insgesamt über 6'000 Personen von Pratteln leben, zu verbessern. Wir machen mit anderen Projekten sehr viel für den Dorfkern und andere Quartiere und hier geht es um 3 Quartiere, die in den letzten Jahrzehnten stark vernachlässigt wurden und ich bitte sie, diese Chance für Pratteln zu packen und den Kredit zu unterstützen.

### Eintreten

**Peter Häring:** GR Ruedi Brassel hat sehr ausführlich die Vorteile dieses Projektes erläutert. Wir von der FDP haben diesem nichts beizufügen. Die Erfolge des projet urbain in der Längi sind unbestritten und ebenso unbestritten ist, dass nun eine Konsolidierungsphase folgen muss und ebenso unbestritten, dass in Rankacker/Gehrenacker und Egel matt/Stockmatt ähnliche Projekte anlaufen können, bei denen Synergien da sind, die es auszunutzen gilt. Das Ganze ist finanzierbar und wir sind für Eintreten und Direktberatung.

**Erich Weisskopf:** Die SVP-Fraktion ist hier ganz anderer Auffassung. Die sog. erreichten Ziele des projet urbain sind für uns nicht überzeugend. Es fehlen uns klare und nachvollziehbare Fakten und Zahlen und auch klare Beurteilungen. Von Kanton und Bund fehlen noch die sicheren Zusagen für das Geld. Wir wissen nicht genau, was mit dem vielen Geld erreicht wurde und nun will man schon wieder Geld für eine 2. Phase und weiss noch nicht einmal, wie erfolgreich die 1. Phase herausgekommen ist. Projet urbain schielt ja schon heute auf andere Quartiere von Pratteln. Wo führt dies hin und was kostet es uns in Zukunft? Wir möchten zuerst Resultate sehen und darum weist die SVP-Fraktion diese Sondervorlage an den Gemeinderat zurück. Wir erwarten einen neuen, seriöseren Antrag über dieses Geschäft. Wir haben schon vor 3 Jahren gewarnt, das projet urbain sei ein Fass ohne Boden

**Stephan Ackermann:** Es ist schwierig, nach diesem vernichtenden Urteil wieder Fakten zu bringen. Das Votum von GR Ruedi Brassel hat aufgezeigt, was erreicht wurde; diese Sachen sind immer schwierig zu messen und daher war sehr gut, dass ein Beirat das Projekt begleitet, sodass die politischen Entscheidungsträger, der Einwohnerrat, immer am Puls war und jede Fraktion ihre Vertretung im Beirat hatte. Dort wusste man auch, wie der Stand der Dinge war, wo die Erfolge sind, welche messbar sind und welche nicht. Wenn nun alle Fraktionen jeweils einen Vertreter geschickt bzw. teilgenommen hätten, wäre der SVP heute Abend vielleicht Einiges klarer gewesen. Zurück zum Positiven: GR Ruedi Brassel hat gesagt „Auf eigenen Beinen stehen“ und da bin ich auch der Überzeugung, dass die Gemeinde resp. Verwaltung noch nicht bei diesem Projekt auf eigenen Beinen stehen kann und darauf angewiesen ist, weiterhin fachliche Unterstützung zu haben, die wir auch in der 2. Phase brauchen und dass die Ausdehnung auf die beiden weiteren Quartiere wichtig ist. Gefreut hat mich, dass der Gemeinderat die Bereitschaft hat, dieses Projekt weiterzuführen und die Initiative dafür ergriffen hat. Vielen Dank dafür. Ich bin der Meinung, dass man in der Längi in den letzten 3 Jahren mit vielen guten Projekten säen konnte und nun an dem Punkt sind, an dem wir die Keimlinge pflegen müssen, damit sie nicht nur aufgehen, sondern auch wachsen und gedeihen. Zentral ist, dass wir weitere Felder in unserer Gemeinde bestellen und das sind die Quartiere, die der Gemeinderat aufgelegt hat. Schliesslich wollen wir auch einmal ernten und ich bin überzeugt, dass wir mit dieser Arbeit an den Wurzeln der Quartiere auch ernten können, indem wir tolle, lebenswerte Aussenquartiere haben. Herzlichen Dank für die Unterstützung des Antrages des Gemeinderates.

**Gert Ruder:** Phase 1 des projet urbain hat uns damals schon ein wenig das Gefühl gegeben, es sei eine Katze im Sack. Aber nach dem Prinzip Hoffnung und Vertrauen, das heute Abend schon mehrfach mit unterschiedlicher Bewertung genannt wurde, haben wir dem projet urbain zugestimmt und heute bin ich ausserordentlich froh, dass wir es damals gemacht haben. Meine Wahrnehmung ist im Weitwinkel und nicht von Scheuklappen gesteuert, wie gewisse Vorredner oder solche, die ganz geschlossene Augen ha-

ben. Ich hatte auch Gelegenheit, das projet urbain im Beirat zu begleiten und bin fest davon überzeugt, dass mehr Positives resultiert hat, als vor 3 Jahren erwartet. Die Katze ist also schon längstens aus dem Sack, hat Junge und alle dort unten haben Freude daran. Es ist logisch und konsequent, wenn man mit diesen Erfahrungen auch die anderen Quartiere, die in derselben Zeit, nämlich in der Wachstumseuphorie der 60er- und 70er-Jahre entstanden sind, sich auch diesen Quartieren annimmt und die Erfahrungen aus der Längi versucht, dort umzusetzen. Dies wird eine sehr interessante Aufgabe sein, obwohl beide in derselben Zeit entstanden sind, sind doch jeweiligen etwas andere Voraussetzungen vorhanden. Ich bitte sie dringend, den Ausführungen des Gemeinderates und der Vorlage zu folgen und sie so, wie sie hier vorliegt, zu unterstützen.

#### Abstimmung zum Rückweisungsantrag von Erich Weisskopf, SVP

://: Der Rat lehnt den Antrag mit grossem Mehr ab.

#### Direktberatung

**Kurt Lanz:** Ich bin froh, dass das Geschäft nicht an den Gemeinderat zurückgewiesen wurde. Ich habe mir 4 Stichworte aufgeschrieben. Trotz, dass wir in Pratteln eine relativ grosse Heterogenität von Leuten haben, die hier wohnen, wohnen wir hier eigentlich gut. Vielleicht kommt dies nicht von ungefähr und vielleicht müsste man Sorge geben zu diesem Gut, wie wir miteinander leben. Was der Gemeinderat auch schon gesagt hat: Es ist nicht richtig, wenn die Gemeinde nur im Dorfkern investiert und die Aussenquartiere sein lässt. In den Aussenquartieren wohnt wahrscheinlich der grössere Teil der Bevölkerung. Die 3 genannten Quartiere Längi, Rankacker/Gehrenacker und Egel matt/Stockmatt haben wahrscheinlich die grösste Bevölkerungsdichte von ganz Pratteln und darum muss man für diese Quartiere auch etwas tun. Wenn wir jetzt den Wasserhahn zudrehen, würden diese Pflänzchen wahrscheinlich verdorren und ernten würden wir nie. Das falscheste, was wir machen können, wäre, das Projekt jetzt nicht weiterzuführen und darum bitte ich sie, an der Schlussabstimmung zuzustimmen und dem Gemeinderat zu folgen.

#### Schlussabstimmung

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr:

://: 1. Der Weiterführung der Gebietsentwicklung Projekt Projet urbain II für die Jahre 2012-2015 wird zugestimmt.

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr:

://: 2. Die Investitionsausgaben von CHF 1'280'000.-- und die Einnahmen von CHF 340'000.-- werden für 2012 bis 2015 bewilligt.

Die Beschlüsse unterliegen dem fakultativen Referendum. Ablauf der Referendumsfrist: 27. Dezember 2011.

---

## Geschäft Nr. 2761

## Ersatz Radargerät für Geschwindigkeitskontrollen

### Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 24. Oktober 2011

**GR Ruedi Brassel:** Es geht um den Ersatz eines 27-jährigen Veteranen, Radargerät Multinova, das vermutlich Einige hierin auf unbeliebige Art kennen gelernt haben. Das Gerät ist nicht mehr funktionsfähig. Es ist sinnvoll, weiterhin ein Gerät zu haben und Geschwindigkeitskontrollen sind sinnvoll. Das Gerät muss leicht einsetzbar und gut handhabbar sein, damit der Erfolg der letzten Jahre fortgesetzt werden kann. Der Erfolg besteht darin, dass die Einnahmen durch die Bussen abgenommen haben und dies ist letztlich die Zielsetzung. Dieses ist erreicht, wenn die Leute langsamer fahren und es weniger Bussen gibt, trotz gleicher Anzahl der Kontrollen. Diese Tendenz, so hoffe ich, hält an und trotzdem brauchen wir ein neues Gerät. Vorgesehen ist das Gerät „Leivtec“, das knapp CHF 69'000 kostet. Ich bitte sie, diesem Ersatz zuzustimmen.

### Das Büro beantragt Eintreten und Direktberatung

#### Eintreten

**Rös Graf:** Es ist erfreulich, dass durch das regelmässige kontrollieren der Geschwindigkeiten die Temposünder abgenommen haben. Trotz allem müssen wir präventiv die Radarkontrollen zum Schutz und der Sicherheit unserer Aller im Strassenverkehr weiter durchführen. Sie haben es gehört. Die jährlichen Bussen betragen rund CHF 70'000. Dies sind Einnahmen nach dem Verursacherprinzip. Das neue Radargerät, das uns der Gemeinderat vorschlägt, kostet CHF 69'000 und dazu kommen noch rund CHF 2'000 für die Schulung. Die SP-Fraktion unterstützt diese Anschaffung, ist für Eintreten und der Meinung, dass die Geschwindigkeitskontrollen weiterhin bei der Gemeindepolizei bleiben sollen.

**Stefan Löw:** Die FDP-Fraktion hat Verständnis dafür, dass die Gemeinde wieder ein solches Messgerät anschaffen soll, umso mehr man die Beschlüsse des Einwohnerrates dann auch besser umsetzen und kontrollieren kann. Etwas Mühe haben wir damit, und wahrscheinlich auch andere, dass man die mit so einem Gerät getroffenen Einnahmen budgetiert und dementsprechend an neuralgischen Punkten, wenn man sicher ist, dass die Einnahmen generieren kann, Geschwindigkeitsmessungen vollzieht. In der Vorlage ist erwähnt „Die Kontrollen werden gezielt zur Erhöhung der Verkehrssicherheit z. B. Schulbereich eingesetzt sowie die Reklamationen aus der Bevölkerung berücksichtigt“. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen auf, dass dies durchaus nicht immer der Fall gewesen ist. Ich habe Messungen erlebt, die in den Morgenstunden, um 6 Uhr herum, stattfanden, in der Lachmatt beim Schiessstand, unmittelbar dort, wo die Geschwindigkeit erhöht werden kann, und die Einnahmen dort sind natürlich beträchtlich. In diesem Zusammenhang bitte ich den Gemeinderat bzw. die Verwaltung, dass man die Messungen dort vornimmt, wo es wirklich gefährlich ist und die Verkehrssicherheit beeinträchtigt. Und zu Zeiten, wo sich die Verkehrsteilnehmer auch auf den Strassen bewegen und eine Verbesserung der Verkehrssicherheit auch wirklich erreicht wird. Ich bitte auch darum, dies nicht abhängig vom Ertrag zu machen, den man mit einem solchen Gerät erzielen kann, sondern dass in die Verkehrssicherheit für schwächere Verkehrsteilnehmer investiert wird. Ansonsten stimmt die FDP-Fraktion dieser Vorlage zu und ist für die Anschaffung dieses Gerätes.

**Christoph Pfirter:** Stefan Löw und ich sind ähnlicher Meinung, was das Budgetieren anbelangt, wie viel zu schnell gefahren wird. Wenn man gegen Ende Jahr merkt, dass man das Budget noch nicht erreicht hat, kann man ja die Toleranz von 5 km/h auf 3 km/h

herabnehmen – dies geht einfach nicht und diese Zahlen kann man nicht budgetieren. Darum sind wir von der SVP grundsätzlich nicht dafür, dass man ein solches Gerät kauft. An denjenigen Orten, die Stefan Löw vorhin erwähnt hat, kann man Geld machen und das ist nicht in Ordnung. Es ist Jahre lang gegangen, bis man die Raser, die die Schlossstrasse hinauf und hinunter gefahren sind, gefasst hat. Jahrelang, nicht monatelang. So etwas stört die Bevölkerung und nicht, wenn Einer bei der Salinenstrasse oder Oberemattstrasse-Unterführung Richtung Krummeneich mit 55 km/h fährt. Dies ist kein Verbrechen und ich bezahle jedes Mal. Gegen das Rasen habe ich etwas, aber solche Sachen sind echt bemühend. „Weiter ist das Kontrollwesen bei der Gemeindepolizei gut eingespielt, IT-mässig gut unterstützt und verursacht vergleichsweise geringen Aufwand“. Auch dort habe ich persönliche Erfahrungen gemacht, als ich auf der Gemeindepolizei war und sie nicht einmal wussten, dass man bei Heckaufnahmen, wo sie nicht beweisen können, wer gefahren ist, keine Rechnung stellen dürfen. Schult diese Leute, die mit dem Gerät am Spielen sind. Die Polizei könnte man vermehrt für solche Leute einsetzen, die im Moment Einbrüche verursachen oder die Hosen auf den Schulhausplätzen herunterlassen.

**Roger Schneider:** Wir danken dem Gemeinderat und der Verwaltung für diese Vorlage, die nachvollziehbar und vollständig ist. Bei uns gab es keine grossen Widerstände und wir sind für Eintreten und Direktberatung und auch für die Unterstützung dieser Vorlage. Ich bin gegen Einschränkungen; ich selber wurde auch schon Innerorts geblitzt und war derjenige, der dies selber verursacht hat. Es hat mich genervt, aber man muss sagen, Kontrollen dürfen keine Einschränkungen haben und über die Kontrollen entscheidet die Polizei selber. Zum Budget: Dies soll nicht aufgebauscht werden. Die Einwohnergemeinde budgetiert CHF 72 Mio. Ertrag und ihr könnt das Verhältnis dazu selber ausrechnen.

**Kurt Lanz:** Auch ich wurde schon geblitzt. Ich bin einfach zu schnell gefahren und stehe dazu und weil ich schon einmal geblitzt wurde, ist dies kein Grund, kein Radargerät anzuschaffen. Grundsätzlich hat der Gemeinderat gesagt, dass die Einnahmen eher zurückgegangen sind, was darauf schliessen lässt, dass man in Pratteln mittlerweile weiss, wie schnell man wo in Pratteln fahren kann. Wenn man an der nächsten Sitzung über den Steuerfuss diskutiert, stellt euch vor, wenn die Gemeinde Pratteln nur von dem leben könnte, was jeder selber verursacht, indem er im Griff hat, nun 50 oder 60 zu fahren... das wäre nicht so schlecht und man könnte mit den Steuern ein gutes Stück herunter, dann spielen es diejenigen ein, die zu schnell fahren. Dann müsste sich die Gemeinde sogar anstrengen, solche Leute zu finden. Ich glaube nicht, dass es so ist, dass der Gemeinderat den Auftrag gibt, dass man 3 oder 5 km zu schnell fahren kann, je nach Kassenlage; dies wird über das Strassenverkehrsgesetz geregelt. Weniger Polemik, stehen wir dazu, wenn wir einen Fehler gemacht haben und bezahlen und freuen uns darüber, dass die Gemeinde ein neues Radargerät kauft.

*Eintreten ist unbestritten; zur Detailberatung gibt es keine Wortmeldungen und es folgt die Schlussabstimmung*

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr:

://: Für die Beschaffung des Geschwindigkeitsmessgerätes Leivtec werden CHF 68'938.-- zugunsten der laufenden Rechnung 2011 bewilligt.

---

## Geschäft Nr. 2732

## Bericht der BPK an den Einwohnerrat zum Geschäft "Quartierplanung Bahnhofplatz" - 1. Lesung

### Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 24. Oktober 2011

**Thomas Sollberger als Präsident der BPK:** Die BPK hat zur Quartierplanung Bahnhofplatz 21 Fragen an die Abteilung Bau gestellt. Es wurden alle beantwortet und eine Auswahl davon ist im Bericht der BPK aufgeführt. Sollte Jemand eine Frage haben, die weder im Bericht noch in der Fraktionssitzung beantwortet wurde, kann diese heute gestellt werden. Die intensivsten Diskussionen gab es zur Begegnungszone. Es ist der BPK leider nicht gelungen, eine gemeinsame Position zu finden. Einig sind wir aber, was die Begegnungszone im Bereich der Güterstrasse anbelangt, denn diese wurde von niemandem bestritten. Eine Frage, die sich uns stellt und auch mit dem Verkehrsgutachten nicht schlüssig beantwortet werden konnte, ist, ob der zu erwartende Verkehr in der Zehntenstrasse und Bahnhofstrasse, der durch die Begegnungszone geht, auch bewältigt werden kann. Eine kleine Mehrheit der Kommission ist daher der Auffassung, der Entscheid solle erst im Rahmen einer separaten Vorlage getroffen werden. Wir reden hier ausschliesslich vom Bereich Zehntenstrasse – Bahnhofstrasse. Zusammenfassend kann man sagen: Der Quartierplan hat hohe architektonische und städtebauliche Qualitäten, im QP-Reglement sind alle Punkte berücksichtigt und darum empfiehlt die BPK, den Quartierplan gutzuheissen.

**Urs Hess:** Wir haben die Vorlage in unserer Fraktion gut angeschaut. Wir haben gegen das Gebäude nichts und sind der Auffassung, dass das Gebäude passt. Was aber gar nicht passt, der Quartierplan soll für ein Gebäude sein. Ein Quartierplan soll nicht einen Verkehr vorgeben, wo man als Gemeinderat sagt, wir packen dann bis an die Burggartenstrasse, Zehntenstrasse und Bahnhofstrasse ein, damit man dort eine Begegnungszone machen kann. Dies ist für mich in höchstem Mass unseriös, passt aber zum Gemeinderat. Man muss klar sehen, der Bahnhofplatz ist unbestritten und auch dass man dort eine Begegnungszone macht. Wir wissen aber noch nicht und der Gemeinderat hat auch nicht richtig vorgelegt, wie die Verkehrsflüsse sind mit den Anschlüssen beim Häringareal. Wir haben früher in der BPK einen Plan gesehen, in dem die Schlossgartenstrasse zu ist, die Burggartenstrasse nicht ganz zu und der ganze Verkehr muss über die Zehntenstrasse die Bahnhofstrasse hinauf in die Salinenstrasse fahren. Von mir aus gesehen, ist es überhaupt nicht seriös, wenn wir jetzt schon sagen, wir machen dort eine Begegnungszone. Wie schnell dort gefahren wird, wie man fahren kann und wie man das machen soll, soll man ganzheitlich im Zusammenhang lösen mit einem Verkehrskonzept, dass wir zuerst noch hierin diskutieren und beschliessen. Darum ist der Antrag in der BPK auch gekommen, und darum stehen wir auch zum Antrag der BPK, dass man den Ausbaustandard zu einem späteren Zeitpunkt definiert, wenn man bei der Verbindung Bahnhofstrasse – Zehntenstrasse klar sieht, was es braucht. Wenn wir bis zur 2. Lesung nicht fertig bringen, auf den Kompromissvorschlag der BPK einzugehen, werden wir wahrscheinlich über das Hochhaus abstimmen müssen. Weiter geht es um die Erschliessung der Freiflächen und Parkplätze. Die BPK hat klar gesehen, dass es nun weniger Parkplätze gibt und die speziellen Kiss-and-ride-Parkplätze fehlen. Sie sind zwar im Reglement enthalten, auf den Plänen sieht man sie nicht und vermischt sie noch mit den Taxistandplätzen. Dann muss ich klar sagen, am Bahnhofplatz wollen wir umsteigen und die Leute zum Bahnhofplatz bringen. Es soll ein Umschlagplatz sein, wo man die Leute ausladen und wieder wegfahren kann. Man sollte auch hinfahren und jemanden vom Bahnhof abholen könne, dann wird dies ein attraktiver Umschlagpunkt und darum gehören diese Parkplätze wieder hinein, so wie es die BPK fordert. Wir treten auf das Geschäft ein und unterstützen die Anträge der BPK vollumfänglich.

**Kurt Lanz:** Eine Frage zum Bericht der BPK: Auf der Seite 2, 2. Abschnitt, ist die Frage, ob es sinnvoll ist, dass die kantonale Radroute über den Kreisel führt. Die Feststellung der BPK ist, dass die Radroute über den Kreisel führt. Es war jedoch eine Frage an die BPK, ob dies sinnvoll ist und die BPK hätte vielleicht sagen können, man wolle sich bemühen, dass die Radroute einen anderen Weg nimmt. Aber wenn die BPK nur schreibt, was wir schon alle wissen, hätten wir die Frage auch weglassen können. Was den Quartierplan grundsätzlich betrifft, was Urs Hess bereits angesprochen hat: Wir von der SP sind der Meinung, dass es ein Quartierplan ist und zu einem Quartierplan gehört mehr als nur ein Haus und daher muss der Quartierplan auch als ganzer Quartierplan angeschaut werden. Ich, Urs Hess, würde mich noch freuen, wir könnten eine ganz komische und schräge Allianz machen, wenn du eine Volksabstimmung durchführen willst. Ich würde wahrscheinlich mitmachen, nur wäre der Grund, warum wir dies nicht wollen, nicht derselbe bei dir und mir.

**Werner Graber:** Die Diskussionen in der SP sind gegensätzlich verlaufen. In einem sind wir aber gleicher Meinung: Die Begegnungszone wie sie der Quartierplan vorsieht, wird einstimmig gutgeheissen. Es ergibt sich für Pratteln die grosse Chance, den Bahnhofplatz und damit auch das Eingangstor am Bahnhof neu zu gestalten. Die vielen Pendler, die tagtäglich nach Pratteln kommen, nehmen Pratteln dann ganz anders wahr als heute und für die Umgebung gibt es neue Impulse. Nehmen wir die Herausforderung an, städtebaulich etwas Schönes zu machen. Andere Orte und Städte haben es uns schon lange vorgemacht und bewiesen, dass es auch mit grösserem Verkehrsaufkommen funktioniert. Die SP-Fraktion ist für die Begegnungszone und lehnt den Antrag der BPK ab.

**Roger Schneider:** Zuerst sprechen wir unseren Dank an die BPK aus, die sich in der letzten Zeit nicht über zu wenig Arbeit beklagen konnte. Die Forderung der BPK nach einer ganzheitlichen Betrachtung aller Verkehrsflüsse begrüssen wir ausserordentlich. Wir waren schon immer dafür, dass man den Verkehr und die Verkehrsprobleme ganzheitlich anschaut. Es geht nicht an, dass jeder Quartierplan von sich sagt, dass er die Strassen nicht belastet und wenn man alle hat, haben wir das Problem auf den Strassen. Auch die Parkierung ist ganzheitlich zu betrachten. Wenn man die Umgebung des Bahnhofplatzes anschaut, stehen aus unserer Sicht genügend Parkplätze zur Verfügung, nämlich 42 oberirdische ohne Zehntenstrasse und Güterstrasse-Südseite, geschweige denn Nordseite des Bahnhofes. Auch dort haben wir neue Parkplätze und auch Kiss-and-ride-Parkplätze. Man kann sie anders benennen, aber sonst keine weiteren Parkplätze. Zum Beschluss: Wir stimmen über einen Punkt ab, der im orientierenden Inhalt steht und beschliessen ihn. Eigentlich handelt es sich nicht um einen Beschluss des Einwohnerrates, ist dies richtig? Ich finde gut, wenn man als BPK etwas kund tut - dass man an der Begegnungszone festhält - aber es ist nicht Beschlussinhalt, weil es im orientierenden Inhalt steht. Die Fraktion ist für Beibehaltung der Begegnungszone in dem Umfang, wie sie im Plan eingezeichnet ist.

**Patrick Weisskopf:** Ich danke der BPK für die Beantwortung der Fragen und möchte das nächste Mal von der BPK etwas mehr Details wissen zu der Anzahl Fahrzeuge auf dem Kreisel pro Tag, weil ich schon alleine aus der Häringstudie auf ganz andere Zahlen komme. Aber das sehen wir ja. Bitte das nächste Mal erläutern, um welche Studie es sich handelt, wann sie gemacht wurde, welche Zahlen darin stehen und ob sie mit oder ohne Häring sind und ob auch das 3. Wohnhaus südlich der Bahnlinie enthalten ist. Das ganze Hochhauskonzept südlich der Bahnlinie ist nicht gut durchdacht. Ihr habt es bei den Vorrednern gesehen. Die ganzen Verkehrsflüsse fehlen und man weiss gar nicht, wie man den Verkehr ableiten will. Eine Stadtplanung fängt dort an, dass man sich überlegt, wie man den Verkehr weg bekommt. Jetzt wissen wir, dass ja noch sehr viele Sachen kommen, beispielsweise die Tramverlängerung, und auch dies wird auf Pratteln einen Impact haben. Bis jetzt sind vermutlich wenige Pendler von der Bahnhofstrasse nach Pratteln-Dorf gefahren. In Zukunft werden aber vermehrt Leute diese Verbindung nutzen, ins Grüssen zu kommen resp. nach Salina Raurica. D. h. die Verbindung vom Bahnhof zur Tramstation Bahnhofstrasse wird immer wichtiger und vermutlich die meist-

frequentierte Strasse, die wir haben. Schauen wir jetzt den Bahnhofplatz an. Wir steigen zum Zug aus und was sehen wir? Nein, wir sehen kein Tor, wir sehen eine grosse graue Wand, die 60m hoch ist und uns richtig erdrückt. Es gibt nirgends so etwas. Ich habe noch nie gesehen, dass man zum Bahnhof herauskommt und innert weniger Meter vor einer riesigen Wand steht. Es gibt sehr viele Städte, Grossstädte, die keine solch hohen Bauten brauchen. Schaut dies noch einmal an. Aus meiner Sicht macht Pratteln hier den grössten Fehler und zwar den grössten Fehler seit dem Rohnerbau. Dieser Platz wird nicht wirken; er wird uns erdrücken und wenn das 3. Hochhaus gerade bei der Bahnhofstrasse kommt, haben wir dann das Tor, nämlich einen ganz engen Durchgang. Ebenfalls möchte ich von der BPK wissen, ob der Verkehr mit dem Kreisel sinnvoll ist, denn auch dieser erdrückt alles und macht es eng und nicht mehr so flüssig. Wie gesagt, wenn sich Leute für Unterschriftensammlungen und Behördenreferenden finden, dieser Turm und dieser Platz gehören vors Volk.

**Stefan Löw:** Die FDP-Fraktion ist für Eintreten und Zustimmung zu diesem Quartierplan und dies mit fester Überzeugung. Zur Begegnungszone: Wir setzen ein klares Votum ab und begrüssen, dass der Gemeinderat die Weitsicht hat und in solch einem sensiblen Bereich eine Aufwertung machen will, indem man eine Begegnungszone schafft, in der sowohl der Verkehr als auch die schwächeren Benützer dieser Flächen ein gegenseitiges Miteinander vollziehen und je nach Verkehrsaufkommen, wie es sich arrangiert, der Verkehrsfluss in die eine oder andere Richtung sich etwas besser bewegen kann. Wenn man der Begegnungszone zustimmt, kann man selbstverständlich auch die Gestaltung des ganzen Platzes mit den Trassen, einfach die ganze Ausgestaltung, in einer anderen Art vollziehen, als wenn man eine straffe Strasse mit Trottoirs, Absenkungen usw. machen müsste. Der Platz wird durch die Begegnungszone wesentlich aufgewertet, erweitert und das Erscheinungsbild des ganzen Areals wesentlich verbessert. Ich bitte sie, dem Quartierplan in der 1. Lesung zuzustimmen.

**Emanuel Trueb:** Die CVP-Fraktion ist für Eintreten, Direktberatung und ich persönlich schliesse mich den Voten von Stefan Löw vollumfänglich an. Ich finde es wichtig, dass wir heute in der 1. Lesung den Quartierplan verabschieden können. Bemerkungen dazu: Persönlich bedaure ich natürlich ausserordentlich mit besonderem Blick auf die Bäume, dass die aktuelle Situation so nicht erhalten bleiben kann. Dies ist aber nicht jetzt zu diskutieren – dies hätte im Rahmen der Wettbewerbsbedingungen machen müssen. Zum Thema Bäume usw. sage ich nachher noch etwas, aber ich möchte, dass man die Vorlage direkt berät.

**GR Rolf Wehrli:** Ich danke der BPK für ihre umfangreiche Arbeit, dass wir heute die 1. Lesung zu diesem Quartierplan durchführen können. Ich habe vorhin von Urs Hess gehört, dass der Gemeinderat nicht seriös sei, weil er dort eine Begegnungszone anlegen will. Wenn nicht dort eine Begegnungszone, wo den sonst? Ich habe eher die Auffassung, dass es nicht seriös ist, wenn man keine Rücksicht nimmt auf die schwächeren Verkehrsteilnehmer und wenn man sieht, was am Bahnhof abgeht, wenn in Basel ein Fussballspiel ist oder sei es im tagtäglichen Verkehr mit den öffentlichen Verkehrsmitteln. Wenn man mit den Ladenbesitzern in diesem Bereich diskutiert, sind alle dafür und ich hoffe, die Begegnungszone kommt und es wird so zugestimmt, wie es im orientierenden Sinn ist. Schlussendlich muss die Verkehrspolizei des Kantons einer Begegnungszone noch zustimmen. Unseriös hat der Gemeinderat sicher nicht gehandelt – im Gegenteil.

**Urs Hess:** Ganz genau hat der Gemeinderat unseriös gehandelt. Er hat nur den Bahnhofplatz angeschaut und nicht den Verkehr, der dort sonst noch passiert. Ich habe es vorhin klar gesagt: Er hat nicht berücksichtigt, was sonst mit neuen Bauten passiert, was Coopareal, Häringareal für Verkehr bringen. Patrick Weisskopf hat es noch gesagt und wir kommen dort noch mit einer Tramlinie vorbei und dies ergibt ein Verkehrsaufkommen von teilweise mehr Verkehr und teilweise weniger Verkehr. Es gibt kein Konzept, wie der Verkehr geführt wird. Es gibt nicht nur Autoverkehr, es gibt öffentlichen Verkehr, es gibt

Fussgängerverkehr usw. Es gibt verschiedene Verkehre und darum kann man nicht schon heute sagen „Es gibt dort partout eine Begegnungszone“ und man weiss noch gar nicht, wo man den anderen Verkehr durchführen will. Aus diesem Grund habe ich einen Antrag gestellt und diesen hat die BPK aufgenommen und beschlossen, dass man zuerst schaut, wo welcher Verkehr ist und wenn es dann Platz gibt für eine Begegnungszone, bin ich nicht derjenige, der sagt „Es braucht keine“. Aber man kann nicht "pflästerliweise" sagen, jetzt brauchen wir hier eine und dort eine und es passt schlussendlich nicht zusammen und dies ist nicht seriös.

**Gert Ruder:** Für mich ist seriös genug, wie die Vorlage hier liegt. Insbesondere finde ich es ausgezeichnet und völlig richtig, dass der Gemeinderat eine Begegnungszone vorschlägt, was offenbar ein Reizwort ist, aber dies ist die offizielle Terminologie. Man könnte auch Respektzone oder Toleranzzone sagen – wie auch immer. Gemeint ist, dass alle Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt in diesem bezeichneten Gebiet miteinander umgehen können. Es ist völlig richtig, dass man diese Zone ausweitet über die Burggartenstrasse und Güterstrasse, in die Zehntenstrasse und dass sie auch in der Bahnhofstrasse bis über den Kreisel geht. Es ist der richtige Schluss, den der Gemeinderat zusammen mit den Planungsbüro gemacht hat und ich bitte euch dringend, kastriert nun nicht diese gute Vorlage, nur weil vielleicht eine Abstimmung ins Haus steht - davon haben wir heute schon etwas gehört - oder weil demnächst Wahlen sind. Bedenkt, dass mit dieser Bahnhofplatzplanung -und man kann noch darüber streiten, wie hoch das Hochhaus sein darf- dass die Begegnungszone, so wie sie der Gemeinderat aufzeichnet, richtig ist. Wenn man es noch dem Verfahren zuführt, wie es die BPK in dieser kleinen Mehrheit festgelegt hat, kastriert man eine sehr gute Vorlage und zieht etwas in die Länge, das besser nicht werden kann unabhängig davon, wo die zukünftigen Verkehrsflüsse durchgehen. Ich als gelegentlicher Autofahrer und mehrheitlich Fussgänger und Fahrradfahrer bin froh, wenn sich die Entwicklung des Verkehrs mehr auf die öffentlichen Verkehrsmittel konzentriert und dies ist die Chance von Pratteln: Mit einem Bahnhof, in dem Züge aus 2 verschiedenen Richtungen der Schweiz kommen und der eine nahe Anbindung des Trams hat. Die Tramstation ist in der Bahnunterführung vorgesehen und man kann direkt von den Geleisen dorthin und diese Leute müssen nicht mehr über den Bahnhofplatz, wenn sie in die Salina Raurica wollen. Seht so gut und überlegt euch gut, ob ihr diese gute Vorlage auf dem Tisch des Einwohnerrates opfern wollt, indem ihr die Begegnungszone nur teilweise realisieren wollt. Wenn sie nur teilweise gemacht wird, ist sie kastriert und nichts mehr wert.

### Lesung

Inhaltsverzeichnis des Quartierplanregelements §§ 1 bis 13.

- § 1 Erlass
- § 2 Zweck und Ziele der Planung
- § 3 Geltungsbereich und Inhalt  
Keine Wortmeldungen.

§ 4 Lage, Grösse und kubische Gliederung der Bauten

**Kurt Lanz:** Mein Antrag zum Punkt 4.2: In Plan 3 ist gemeint, das Bauprofil 4 und in Bauprofil 4 ist festgehalten, dass das Ding maximal 357.9m über dem Meer enden soll. Mein Antrag lautet, dass das Ding 312.9m\* über Meer enden soll. Diesen Antrag stelle ich im Sinne von 47% der Einwohnerinnen und Einwohner von Pratteln, die zum Abstimmen gegangen sind. Dies würde etwa 18 Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte bedeuten, wenn man es umrechnen würde. Diese haben die Stimme verdient, weil sie genau wie ich das Gefühl haben, ein solches Hochhaus ist nicht wirklich etwas, das in Pratteln zwingend gebaut werden muss und darum mein Antrag auf eine Höhenbegrenzung von 312.9m\* über dem Meer.

**Antrag von Kurt Lanz, SP**

\*Wird später durch Kurt Lanz auf 335.1m über Meer korrigiert.

Diskussion zum Antrag von Kurt Lanz. SP

**Emanuel Trueb:** Ich habe mich schon in anderem Zusammenhang über die Höhe von Hochhäusern geäußert, als wir das Hochhauskonzept besprochen haben. Man muss vorsichtig sein, dass man schon jetzt eine Höhendiskussion unabhängig von der Gesamtgestaltung des Hochhauses führt. Es gibt Hochhäuser, die zu kurz geraten sind und schlechte Proportionen aufweisen. Ein augenfällig schlechtes Beispiel ist das Hochhaus neben dem Joggelistadion. Nach Quartierplan könnte dies 30m höher sein, was aber aus verschiedenen Gründen nicht realisiert wurde. Heute wirkt dieses Haus wie ein Stumpfen und hat nicht die Ausstrahlung, die es haben könnte. Man muss sorgfältig sein. Es gibt die ästhetische, städtebauliche Komponente und eine eleganter Turm, der eine entsprechende Höhe hat, wirkt anders, als ein gedrungener Körper. Dies ist eine Überlegung und eine andere ist die der Investoren, die selbstverständlich ein Haus so dimensionieren, wie es ökonomisch sinnvoll ist und das dritte ist die Architektur. Die hierfür gewählte Architektur hat sofort eine andere Prägnanz, wenn das Haus „kastriert“ bzw. verkürzt wird. Ich empfehle euch, nicht auf den Antrag Lanz einzutreten. Ich bin der Meinung, es handle sich um ein optimiertes Projekt und sehe keinen Grund, jetzt eine nachgeholte Hochhausdiskussion in diesem Zusammenhang zu führen.

**Stefan Löw:** Die FDP-Fraktion dieselbe Auffassung wie Emanuel Trueb. Es ist wirklich so, dass, wenn man einen Baukörper dieser Art verändert, man andere Komponenten auch verändern muss. Eventuell müsste man ihn schmaler machen, dass er seine Wirkung wieder erreicht oder eine andere Gestaltung wählen. Die Planer, die das Objekt so geplant und gestaltet haben, haben sich überlegt, wie sich dies einfügt. Wir sind der Meinung, dass die jetzt geplante Höhe ästhetisch sehr gut ist und wir unterstützen den Quartierplan so, wie er ist.

**Kurt Lanz:** Es ist mir klar, dass das Haus nachher nicht mehr gleich aussieht. Ich habe jetzt nicht die Möglichkeit, auch noch über Breite und Tiefe zu diskutieren. Letztlich bin ich nicht der Ausführende und wenn es tatsächlich in der Höhe so beschnitten wird, müssen diejenigen, die dort etwas bauen wollen, über die Bücher und sehen, wie es mit Länge und Breite aussieht, damit es wieder gesunde Proportionen gibt. Es ist nicht so, dass ich nicht sehe, dass die Proportionen nachher noch gleich sind. Ich habe jetzt keine andere Möglichkeit, als die Höhe zu begrenzen und wenn nachher die Personen dort bauen wollen, lässt sich der Plan noch ändern.

**GR Rolf Wehrli:** Ich bitte sie, dem Antrag von Kurt Lanz nicht zuzustimmen. Wir haben hier tatsächlich ein ausgereiftes Projekt auf dem Tisch, den Bericht der BPK und verschiedene Voten zum Antrag von Kurt Lanz. Für Pratteln sind diese Bauten eine besondere Herausforderung. Nicht, weil sie hoch sind, aber unsere Gemeinde muss in die Zukunft schauen und sich ein Stück weit modernisieren. Die Lage von Pratteln ist etwas speziell: Wir haben einen schönen Dorfkern; es geht Richtung Bahnhof und Rhein hinunter. Die Anforderungen an unsere Gemeinde gehen nicht mehr nur Richtung Dorf. Wir haben einen sehr schönen Dorfkern, dem sehr gut geschaut wird. Wenn wir die Höhen der Hochhäuser rein bildlich beschränken wollen, sind sie schlussendlich gleich gross wie die Industriebauten und wenn man dieses Bild vor Augen hat – ich glaube, man muss sich von den Industriebauten etwas absetzen und hier eine „Landmark“ am richtigen Ort zu setzen. Dies ist die Herausforderung, die sich uns stellt und ich bitte sie, den Antrag Kurt Lanz abzulehnen.

**Patrick Weisskopf:** GR Rolf Wehrli hat es vorhin gesagt: Man will eine Landmark setzen. Geht auf den Mayenfels und schaut, jetzt wo die Bäume weg sind, und ihr seht sehr viele Landmarks. Grosse Fabrikgebäude, Lager von Planzer schön rot in der Landschaft und auffallend. Jetzt kommen noch weitere Landmarks dazu. Sehr hoch, aber man will dies. Ich bin der Meinung, lasst die 60m nur drin, aber bringt es vors Volk.

Abstimmung zum Antrag von Kurt Lanz, SP

**Der Antrag von Kurt Lanz, SP**, verlangt im Rahmen von § 4.2, dass beim Plan Nummer 3, Bauprofil 4, die Höhe auf 335.1m über Meer begrenzt wird; die Höhe in der Vorlage beträgt 357.9m über Meer.

://: Der Rat lehnt den Antrag mit grossem Mehr ab. Die Höhenbegrenzung bleibt bei 357.9m über Meer.

Fortsetzung der Lesung

§ 5 Art und Mass der Nutzung  
Keine Wortmeldungen

§ 6 Gestaltung und Benützung der Freiflächen

**Emanuel Trueb:** Mit der Gestaltung des Platzes kommt eine verhältnismässig grosse und neue Verantwortung auf die Gemeinde zu und zwar in Bezug auf den Unterhalt und die Pflege der neuen Situation. Es sollen dort viele neue Bäume gepflanzt werden und mir ist wichtig, weil die Gemeinde am Schluss für alles verantwortlich ist und ein entsprechendes Augenmerk auf die Details hat. Der grösste Teil dieses Platzes wird unterbaut sein – man sieht dies sehr gut im Schnitt und kann sich überlegen, wo diese Bäume wurzeln, d. h. die Bäume werden auf einer Tiefgarage gepflanzt. Technisch lässt sich das machen, ist jedoch mit einem grossen technischen pflegerischen Unterhalt verbunden. Dies könnte Kosten in einer Grössenordnung binden, die jetzt noch nicht ersichtlich sind. Dies darf man nicht aus den Augen verlieren und dasselbe gilt auch für das Wasserbecken.

Fortsetzung der Lesung

§ 7 Erschliessung und Parkierung

§ 8 Ver- und Entsorgung

§ 9 Lärmschutz

§ 10 Erdbebensicherheit  
Keine Wortmeldungen

§ 11 Realisierung / QP-Vertrag

**Benedikt Schmidt:** Wir haben hierzu einen Antrag, der den Einwohnerräten schriftlich vorliegt. Er führt dies weiter, was Emanuel Trueb gesagt hat. Es geht um einen sorgfältigen Umgang mit den Bäumen. Bei allen Quartierplänen werden Bäume mitbeschlossen. Die Investoren bauen jeweils die Gebäude und vergessen die Umgebungsgestaltung. Wir sind der Meinung, dass es an der Zeit ist, in diesen Quartierplanverträgen den Investoren klar mitzugeben, dass sie auch den Bäumen Sorge tragen müssen. Daher haben wir als Antrag einen zusätzlichen Punkt, der im QP-Vertrag eingefügt werden soll: „Pflanzung und Pflege der Bäume nach den Grundsätzen der modernen Baumpflege (Bund Schweizer Baumpflege), so dass deren langfristiger Erhalt gesichert ist“. Es geht darum, dass sie sauber gepflanzt werden; Emanuel Trueb hat soeben gesagt, dass es in diesem Fall besonders schwierig werden wird. Es geht aber auch darum, dass die Bäume langfristig erhalten bleiben und auch in einigen Jahren noch gut aussehen. Man hat sehr viele Quartierpläne mit vorgeschriebenen Bäumen und sehr viele dieser Bäume sind irgendwann verschwunden und diejenigen, die noch vorhanden sind, sehen häufig jämmerlich aus. Dies ist kein Zustand, der bleiben darf und daher ist hier etwas zu Gunsten der Bäume einzufügen. Darum bitte ich sie, den Antrag anzunehmen.

**Antrag der Unabhängigen und Grünen**

**GR Rolf Wehrli:** Es scheint uns ein sinnvoller Antrag zu sein. Ich habe mich noch mit einigen Gemeinderatskolleginnen und -kollegen abgesprochen; wir können ihn so annehmen, wie er auf dem Tisch liegt.

**Gert Ruder:** Ich bin hoch erfreut, wie schnell und entschlossen der Gemeinderat einen solchen Antrag entgegen nimmt. Auch ich bin der Meinung, der Antrag der Unabhängigen und Grünen hat das Vertrauen des Rates verdient und ich bitte euch um Unterstützung.

**Christoph Pfirter:** Ich habe nichts gegen Bäume und lebe auch von Bäumen. Aber dass man sie in einen Quartierplan aufnimmt und einem Investor aufbrummt, dass er mit Bäumen zu tun hat, gegen das bin ich. Die Gemeinde könnte unterstützend helfen, dafür bin ich, aber ich bin dagegen, dass man einem Investor aufbrummt, was er auf seinem Grund und Boden zu tun hat. Ich selber habe auch schon eine Liegenschaft unter Quartierplanbedingungen gebaut, dort war es nicht so schlimm, und wenn jemand etwas durchziehen will, macht es selber – ist es echt mühsam.

**Urs Schneider:** Ich finde es grundsätzlich gut, aber was heisst „... so dass deren langfristiger Erhalt gesichert ist“? Was ist in 30 Jahren? Der Baum muss weg, sei es, weil er schlecht ist oder weil es eine neue Umgebungsgestaltung geben soll und der Baum muss ersetzt werden. Wenn man dieses umsetzt, geht es schon fast in Richtung eines Baumschutzgesetzes. Und dies brummen wir nun jemandem auf, der einen Quartierplan machen will und dies ist nicht der richtige Weg. Ich glaube, dass man die Bäume schützen und pflegen muss, aber dass dies im Quartierplan steht, damit bin ich nicht einverstanden.

**Benedikt Schmidt:** Gerade weil wir es nicht überreglementieren wollen, steht es nicht im Reglement, sondern kommt als Thema in den QP-Vertrag und ist hier auf der richtigen Stufe. Wir beschliessen mit den Quartierplänen immer die Umgebungsgestaltung. Da darf man auch verlangen, dass sich die Leute daran halten.

**Gert Ruder:** Zu Urs Schneider und auch zum Verständnis: Wir haben ja 2 gute Beispiele, wie man mit schützenswerten Bäumen umgehen kann. Man fährt einfach ein paar Mal mit dem Lastwagen dagegen, dann geht die Linde auf dem Hohenrain ein und dann kann man sie beseitigen. Oder man macht es nicht fachmännisch und nicht gut, wie in der Wanne. Dort wurden die Bäume gepflanzt und man reisst sie aus und setzt sie nicht mehr neu; von der ganzen Reihe steht nur noch ein einziger. Wenn man nun eine solche Vorschrift hat, wie die Unabhängigen und Grünen vorschlagen, wird dies weiter gepflegt und der Besitzstand wird gewahrt. Wenn ein Baum aus irgendwelchen Gründen nach 30 Jahren kaputt ist, wird er auch ersetzt und so sollte es sein. So schwierig ist dies doch nicht.

#### Abstimmung zum Antrag der Unabhängigen und Grünen

**Der Antrag lautet:** Aufnahme eines zusätzlichen Punkt in den QP-Vertrag „Pflanzung und Pflege der Bäume nach den Grundsätzen der modernen Baumpflege (Bund Schweizer Baumpflege), so dass deren langfristiger Erhalt gesichert ist.“

://: Der Rat stimmt dem Antrag mit 25 Ja zu 9 Nein bei 3 Enthaltungen zu.

#### Fortsetzung der Lesung

§ 12 Ausnahmen

§ 13 Schlussbestimmungen

Keine Wortmeldungen und Ende der Lesung

Abstimmung zum Antrag der BPK

**Der Antrag der BPK lautet:** „Der Plan Nr. 1 Erschliessung und Freiflächen ist mit zusätzlichen 4 Kiss & Ride-Parkplätzen zu ergänzen, sodass insgesamt 6 Kiss & Ride-Parkplätze und 4 Taxistandplätze zur Verfügung stehen. Die Parkplätze müssen in unmittelbarer Nähe zum Bahnhofzugang (Unterführung) angelegt werden“.

://: Der Rat stimmt dem Antrag mit 23 Ja zu 12 Nein bei 2 Enthaltungen zu.

Die 1. Lesung ist abgeschlossen.

---

**Geschäft Nr. 2733**

**Bericht der BPK an den Einwohnerrat  
zum Geschäft "Quartierplanung Ceres" - 1. Lesung**

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 27. Oktober 2011

**Thomas Sollberger als Präsident der BPK:** Auch bei der Quartierplanung CERES wurden alle Fragen aus dem Einwohnerrat durch die Abteilung Bau beantwortet. Eine Auswahl ist im Bericht der BPK abgedruckt. Insgesamt waren es 17 oder 18 Fragen. An dieser Stelle wollte ich etwas zur Höhe der Hochhäuser sagen, verzichte aber nach der Diskussion von vorhin darauf und danke Emanuel Trueb für das, was er vorhin gesagt hat. Er hat mir damit das „Wort zum Mund herausgenommen“. Ausser, dass die BPK, wie man dem Antrag 1 entnehmen kann, bei der Gestaltung der Umgebung mehr Grünfläche wünscht, gibt es am Quartierplan CERES nichts zu kritisieren. Antrag 2 mit den Ausnahmen ist jetzt derselbe wie in der Quartierplanung Bahnhofplatz. Zusammenfassend lässt sich auch hier sagen: hohe architektonische und städtebauliche Qualität, umfassende gut lesbare Unterlagen und alle wesentlichen Punkte sind im QP-Reglement abgehandelt. Darum empfiehlt ihnen die BPK, den Quartierplan CERES ebenfalls gutzuheissen.

**Urs Hess:** Zu diesem Quartierplan haben wir nur lobende Worte. Wir haben den Quartierplan geprüft, als sehr gut empfunden und haben probiert herauszufinden, wie man den Verkehr durch die Hertnerstrasse vermindern kann und diese Überlegungen sind eingeflossen. Sowie die Anträge der BPK sind, würde auch die SVP zustimmen.

**Mario Puppato:** Wir sind der Auffassung, dass dies der beste Quartierplan ist, den wir je im Einwohnerrat behandelt haben. Wir haben die Fragen gesehen, die die BPK mithilfe von Dieter Härdi beantwortet hat und sind überzeugt, dass es eine gute Sache ist und empfehlen Eintreten und werden dem Quartierplan zustimmen.

**Werner Graber:** Die SP-Fraktion ist für den Quartierplan. In der Beratung in der Fraktionssitzung kam noch Diskussion darüber auf, wie es mit der geplanten Tramlinie im Bereich des Hochhauses aussieht. Wir finden es schade, dass man nicht schon zum Voraus Vorarbeiten für die Unterführung leisten kann. Nachher, wenn der ganze Komplex steht, gibt es sehr grosse Verkehrsbehinderungen, wenn im Gallenweg das Tram in den Boden verlegt wird. Wir finden es schade, dass dies nicht schon im Zusammenhang mit dem Neubau des Hochhauses realisiert werden kann.

**Emil Job:** Auch die Unabhängigen und Grünen haben sich mit dem Quartierplan und dem Bericht der BPK beschäftigt. Wir danken der BPK für ihre Arbeit, können die Anträge unterstützen und finden den Quartierplan sehr gut.

**Emanuel Trueb:** Die CVP-Fraktion ist für Eintreten und Direktberatung dieses Quartierplanes. Es handelt sich um eine gute Vorlage und herzlichen Dank an die Kommission, die vorberaten hat. Persönlich gibt es den einen oder anderen Vorbehalt gegen die Architektur oder Aussenraumgestaltung, aber dies ist nicht Gegenstand des Quartierplanes.

### Lesung

Inhaltsverzeichnis des Quartierplanreglements Buchstaben A – H.

A Allgemeine Bestimmungen  
B Art der baulichen Nutzung  
C Mass der baulichen Nutzung  
Zu den Buchstaben A – C gibt es keine Wortmeldungen.

D Lage, Grösse und Gestaltung der Bauten

**Daniela Berger:** Bei diesem Geschäft möchte ich es nicht unterlassen, einen Blick aus weiblicher Sicht auf die Hochhausbauten zu werfen. Im Einwohnerrat machen wir primär Politik und diese sollte zu Gunsten der Prattler Bevölkerung oder zu Gunsten der Gesellschaft allgemein sein. Sekundär finde ich, was die Wirtschaft meint, ob es für sie profitabel ist bzw. wir sollten uns nicht nur primär den Investoren verpflichtet fühlen. Auch im Hinblick darauf, dass 47% Nein gestimmt haben beim Häringhochhaus am 16. Februar 2009. Es ist mir wichtig, auch diesen Teil des Stimmvolkes zu vertreten. Meine Fragen sind, rein sozial gesehen, was es für Auswirkungen hat, wenn man 1, 2 oder gar 3 Hochhäuser in Pratteln machen. Es gibt sicher die Auswirkung, dass wir ein Zeichen nach aussen setzen. Wir bauen hoch hinaus, hoch hinauf und zeigen auch, dass wir viel Platz für das Wohnen in Pratteln geben wollen. Ich frage mich daher, für wen ist der Platz attraktiv und warum kommen wir als kleine Agglomerationsgemeinde dazu, grösser zu sein und mehr Hochhäuser zu haben, als die Stadt nebenan? Das sind Auswirkungen als Zeichen und ich lasse mich nicht über städtebauliche oder architektonische Planungen aus; dazu haben wir schon genug dazu gehört und dies ist anscheinend als Frau oder Prattler Bürgerin nicht so wichtig. Andererseits hat es garantiert Auswirkungen auf die Gemeinde, nämlich auf die Infrastruktur vor Ort. Wir bauen innert kürzester Zeit mit diesen Hochhäusern - und es sind ja noch separate Wohnblöcke und Wohnsiedlungen damit zusammenhängend - hunderte von neuen Wohnungen. Dies bedeutet doch, und das haben wir schon heute Abend gemerkt, dass es mehr Verwaltungspersonal braucht, dass das ganze Bildungswesen damit umgekrempelt wird, weil es mehr Schulen und Anderes braucht in Sachen Bildung und dass der Verkehr, und das haben wir auch schon gemerkt, immens anders sein und laufen wird und dass auch der Bereich Gesundheitswesen und Soziales total verändert wird. Wollen wir das Pratteln wirklich? In kurzer Zeit hunderte von Wohnungen, hunderte von neuen Mitbewohnern? Ist das sozial? Ist das nachhaltig? Die Auswirkung auf Pratteln bemerkt man auch an der Mikrostruktur. Wer wohnt längerfristig in solchen Wohnräumen, frage ich mich. Wer findet es attraktiv, bei dem Lärm, den man hat, wenn man genau an der Bahn wohnt und mit toller Aussicht auf die Autobahn? Ich spreche aus eigener Erfahrung. Wer findet es toll, die Anonymität zu geniessen, wenn man auf dem x-sten Stockwerk wohnt und nicht weiss, wer unten dran ist? Wer findet es toll, dass auch noch Büroräume vorhanden sind, die die Anonymität noch mehr fördern? Für wen ist es attraktiv, sich in Aufzugsschluchten zu bewegen, den Veloraum und die Waschküche irgendwo weit weg zu finden? Ist das Attraktiv für Familien, ist das wirklich attraktiv? Nachhaltig gesehen, für gut Betuchte oder sind es am Schluss doch nicht die Ärmeren, die mit solchem Wohnraum Vorlieb nehmen

müssen? Wir haben heute Abend über das projet urbain geredet und denken daran, wenn man in so einem Hochhaus wohnt, hat man keine privaten Grünzonen, da hat man bestenfalls eine Begegnungszone und über diese haben wir heute Abend auch schon gestritten. Mir kommt das projet urbain in den Sinn und ich frage mich, ob wir hier das Risiko eingehen, in 20 Jahren ein projet urbain für Hochhäuser lancieren zu dürfen? Was für Auswirkungen hat es auf Pratteln, wenn man längerfristig denkt und sich nicht nur städtebaulich hinreissen lässt und meint, man sei nun die super Ausnahmegemeinde mit Landmarks. Investoren gehen und kommen, das lesen wir jeden Tag in der Zeitung und die Globalisierung schaut nicht darauf, wie Pratteln in 10 oder 20 Jahren aussieht. Die Finanzen wechseln auch und manchmal unheimlich schnell. Hochhäuser - diese Türme bleiben und wenn die Finanzen nicht mehr so gut sind und der Unterhalt nachlässt, wer wohnt dann darin und wer trägt die Folgekosten? Wir Prattlerinnen und Prattler, weil die Investoren vom sozialen Aspekt nichts wissen wollen. Ist das das Image, das wir in Pratteln aktiv und bewusst mit unserer Stimme unterstützen wollen? Das sind meine Gründe, den Antrag zu stellen, dass wir nur 45m hohe Hochhäuser zulassen, weil dies die Bauhöhe ist, die wir bis jetzt auch zugelassen haben. Wie man das Ganze redimensionieren muss, ist mir, ehrlich gesagt, egal. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es überhaupt nicht rentieren kann, sonst müssten ja sämtliche Investoren rundherum ihre Häuser abreißen. Mein Antrag lautet, dass man bei der Hochhaushöhe statt 82m 45m einhalten muss. Dies ist im Anhang 1 in der Nutzungstabelle so vorgemerkt.

**GR Rolf Wehrli:** Zur Diskussion der Höhe der Gebäude für CERES und Bahnhofplatz: Es geht auch um die Landnutzung, um die Landreserven und um die Verzettelung der Landschaft. Es geht um die bestehenden Landreserven innerhalb unserer Gemeinde und diese Reserven auch zu gebrauchen. Ganz falsch liegen wir nicht, wenn auch Kanton und Bund in diese Richtung gehen, wie Pratteln geht. Es steht und fällt mit dem Unterhalt und nicht, ob es sich um ein Hochhaus oder ein anderes Gebäude handelt, sondern, ob das Gebäude unterhalten wird oder nicht. Wenn ich in die Längi schaue, wie lange haben wir dort gekämpft und sind noch immer daran, mit den Liegenschaftsbesitzern zu kämpfen, die teilweise Versicherungen sind, an die man kaum herankommt und die ihre Liegenschaften teilweise noch nicht einmal gemäss Quartierplan unterhalten sprich, es muss ein Kinderspielplatz erstellt werden. Dies hat mit der Höhe des Gebäudes überhaupt nichts zu tun. Es hat damit zu tun, wer das Gebäude führt, es betreut und unterhält und etwas investieren will. In der Längi und auch unseren Aussenquartieren haben wir hierfür die besten Beispiele. In der Vergangenheit hat man dies bemerkt und stellt mehr Mittel zur Verfügung. Ich bitte sie, dem Antrag nicht zuzustimmen, sondern die Höhe, wie sie hier vorgesehen ist, in diesem guten Quartierplan bei zu behalten.

**Patrick Weisskopf:** Ihr wisst, dass ich kein Freund von hohen Häusern bin und dies ist auch hier der Fall. Es handelt sich um ein hohes Haus, das kommt. Sicher haben viele Leute in einem hohen Haus Freude und es wird immer wieder argumentiert, dass man Landreserven schont. In Pratteln sehe ich aber nicht, dass man Landreserven schont. Wir bauen zwar wenige hohe Häuser in denen wenige Leute Freude haben, aber tausende rund herum müssen das Hochhaus anschauen und täglich damit leben. Zu den Landreserven: Wir haben in Pratteln viel Land gebraucht und mit vielen Gebäuden belegt, die wenige Arbeitsplätze schaffen, aber sehr platzintensiv sind. Wir haben viele Gebäude bewilligt, die niedrig sind, auch in Zonen, in denen man dichter bauen könnte. Das mit den „Landreserven schonen mit Hochhausbau“ geht nicht auf. Wenn man es konsequent machen würde, könnte man überall ein Hochhaus bauen und zum nächsten Hochhaus 250m Abstand haben. Aber da müsste man ganz anders planen.

**Emanuel Trueb:** Ich halte ein Plädoyer für Hochhäuser, nicht, weil ich unbedingt in einem Hochhaus wohnen will. Wer mich kennt, weiss, dass ich andere Wohnformen vorziehe. Wir dürfen uns dieser Realität aber nicht entziehen. Zu Daniela Berger: Ich habe sehr viel Respekt vor dem Referat von Daniela Berger, die den Mensch in den Vordergrund stellt. Dies ist sehr wertvoll und man darf es bei allem nicht vergessen. Aber: Es ist nicht die Stadt nebenan, die Hochhäuser bauen soll und wir wohnen hier im beschauli-

chen Land. Dies ist vorbei und funktional gehören wir schon lange zur Stadt. Die funktionale Stadt Basel beginnt in Lörrach, geht bis ins Leimental, bis nach Rheinfelden usw. In diesem Raum bewegen wir uns und der Anspruch des Einzelnen in Bezug auf Quadratmeter Wohnfläche wächst von Tag zu Tag und die Anzahl der 1-Personenhaushalte ebenfalls. Der Konsum von Wohnflächen ist im Wachsen begriffen und der Bedarf nach dieser Wohnform ist auch nicht umstritten, sonst gäbe es keine Investoren, die bereit sind, zu investieren. Mit diesem Engagement, das man erkennen kann, hoffe ich, dass man andere Gebiete entlasten und einen Beitrag gegen die Zersiedelung leisten kann und dies ist wesentlich. Wir wollen die Leute an den Verkehrsachsen konzentrieren und auch die Siedlungen den Zentren angliedern und nicht in den Landschaften draussen weitere Bebauungen zulassen oder zu ermöglichen. So habe ich Verständnis dafür, dass wir uns hier konzentrieren und nicht im Waldenburgerthal oder in Langenbruck.

**Daniela Berger:** GR Kurt Wehrli hat das Beispiel der Längi genommen, von den Liegenschaftsbesitzern, die man dazu bringen musste, dass sie ihre Liegenschaften auf einen besseren Stand bringen und es seien alles nur Verwaltungen und liessen es verlottern. Dies stimmt; es war wirklich so, dass wir schlussendlich ganze Blöcke hatten, in denen nur Sozialhilfebeziehende wohnten, weil sie sich nicht getrauen, sich zu wehren oder ihre Rechte nicht kennen. Und dies ist genau meine Befürchtung: Wenn die Investoren, die es gebaut haben, nicht mehr da sind, und irgendeine Holding es aufgekauft hat, und eine Liegenschaftsverwaltung probiert noch die grösstmögliche Rendite herauszuholen, hat man solche Türme mit genau diesen Effekten. Die Höhe ist nicht das einzige Problem. Bei diesen 3 Hochhäusern sind 2 noch weitere verbunden mit weiteren Wohnungen, in die viele Leute aus Pratteln kommen könnten, auch wenn das Hochhaus gar nicht so hoch wäre. Und dann ist mein Bedenken, dass nachhaltig soziale Strukturen wachsen müssen. Man kann nicht hunderte von Leuten plötzlich zusammenpferchen und meinen, das klappe dann ohne Probleme. Es muss sich rentieren: So verstehe ich das auch. Wenn ich Investor wäre und primär im Wirtschaftssystem handeln würde, würde ich mir auch überlegen, was Profit bringt und was allenfalls noch mehr Profit. Ich bin in meinem Denken vor allem Sozialem verpflichtet und ich weiss, Menschen denken zuerst sozial, und nicht, wie Emanuel Trueb gesagt hat, funktional. Wir sind sozial denkende Menschen und handeln und funktionieren danach. Wenn die Anonymität erst einmal da ist und einen niemand mehr mitträgt, wird man egoistisch. Und genau diese Tendenzen, die Emanuel Trueb beschrieben hat mit zunehmender Vereinsamung, sprich mit den zunehmenden Haushalten, in denen nur noch 1 Person alleine wohnt, dem ist das nicht förderlich und kein Wunder, würden Emanuel Trueb und ich niemals in solch einem Hochhaus wohnen, schon gar nicht im Alter, wo man noch mehr abgeschnitten ist. All das sind Sachen, die mich bewegen und daher stehe ich hier vorne und gebe mein Votum. Ich kann es sonst nicht verantworten, hier im Einwohnerrat zu sitzen.

**Fredi Wiesner:** Wir hatten hierin die Chance, den Hochhäusern entgegen zu wirken. Wir haben hierin beschlossen, wir wollen „Blözen“ nicht überbauen, dort hätte es Einfamilienhäuser mit Blöcken gegeben und ich habe dort oben keinen 60- oder 70m-Bau gesehen. Wir haben seinerzeit das Argument gebracht, man müsse verdichtet bauen und dies im Zentrum, wo die Bahn- und Busverbindungen sind. Nun haben wir Investoren, die bereit sind, ein Gebäude aufzustellen, das nicht nur 4 oder 5 Stöcke hoch ist, sondern einiges höher. In Zukunft ist gegeben, dass wir zu den öffentlichen Verkehrsmitteln gehen müssen, damit wir den Autoverkehr minimieren können, dies ist ein Anliegen, das wir haben und ich finde es komisch, wenn man nun dort, wo man alles zur Verfügung hat und kein Auto mehr braucht, sagt, nein, das wollen wir dort auch nicht. Man darf die Hochhäuser, die hier gebaut werden sollen, nicht mit der Längi vergleichen, die in einer Zeit entstanden ist, als Visionen da waren, dass Pratteln 50'000 Einwohner haben sollte. Man hat dann etwas abseits sogenannte Ghettos gebaut. Seit kurzem gibt es dort einen Bahnanschluss, was toll ist und es gibt dann auch noch einen Tramanschluss, der Bus ist schon vorhanden und dann gibt es dort eine weitere Aufwertung und das Gebiet ist erschlossen. Hier sind wir wirklich im Zentrum und die Leute nahe beim öV. Dar-

um lasst dies bauen und diskutiert nicht immer über Höhen von 40m; es wurde ja bereits abgestimmt und wenn es Leute gibt, die es bauen wollen, lasst sie bauen.

**Kurt Lanz:** Ich musste lange warten, aber jetzt ist es passiert. Jetzt hat man mir tatsächlich gesagt, man hat darüber abgestimmt und nun ist es so. Genau bei dieser Abstimmung hat man mir gesagt, es ist nur gerade der Quartierplan Coop/Häring und da gibt es kein Präjudiz. Ich habe immer von Präjudiz geredet und nun ist es da. Nun sagt man zu mir Okay, jetzt haben wir diesen Quartierplan Coop/Häring angenommen und zu einem Hochhaus Ja gesagt, was stürmst du denn noch? Das Präjudiz, das ich vermutet habe, ist eingetroffen und das bedaure ich sehr.

**Mario Puppato:** Lieber Kurt, ich war derjenige, der hier vorne gesagt hat, ein Quartierplan ist kein Präjudiz für andere und zu Beginn hatten wir Skepsis, was noch kommt. Wir stehen hinter dem Quartierpan CERES, nicht aus Präjudiz, sondern weil wir glauben, dass es eine gute Sache ist. Was Daniela Berger gesagt hat - diese Ängste verstehen wir voll und ganz - aber es gibt auch viele Leute, die begeistert sind und darauf warten, so zu wohnen. Wenn wir das Ganze anschauen, hat Pratteln einen mehrfachen Gewinn: Erhalt der Grünzone, weil wir sie nicht zersiedelt haben, es sieht städtebaulich gut aus und ich glaube nicht, dass es für Pratteln finanziell ein Risiko ist. Pratteln wird finanziell profitieren, wird mehr Steuereinnahmen und nicht mehr Soziallasten haben, wenn es gebaut wird. Ich glaube, es wird uns gut tun. Wir haben kritisch abgewogen und als Ganzes sehen wir dahinter und nicht, weil wir schon mal einem Quartierplan zugestimmt haben.

**Stephan Ackermann:** Ich spreche Daniela Berger meinen Dank aus, dass sie diese Punkte auf den Tisch bringt, die für eine Gemeinschaft gerade wie Pratteln sehr zentral sind. Mich interessiert, wie sich der Gemeinderat zu der Entwicklung stellt, die Daniela Berger aufgezeigt hat, was dies für Auswirkungen auf unsere Bevölkerungsentwicklung hat und unsere doch wahrscheinlich rasante Zunahme. Wie stellt sich der Gemeinderat die nähere Zukunft vor und wie ist der Gemeinderat darauf vorbereitet bezüglich Kindergärten, Altersfragen und aus meiner Sicht auch eventuellen sozialen Problemen, die es geben könnte? Ich finde diese Beispiele Längi oder solche Hochhäuser oder Egel-matt/Stockmatt sind nicht so von der Hand zu weisen, wie es Fredi Wiesner vorhin gemacht hat. Im Moment mag alles gut und recht aussehen, aber wie es in 30 Jahren aussieht, da habe ich auch meine Zweifel aus den Erfahrungen der Längi. Ob dann das Ganze noch auf so gutem Fuss steht wie mit dem projet urbain, das wir vorhin diskutiert haben, habe ich meine Zweifel.

**Stefan Löw:** Ich habe eine Verständnisfrage zu diesem Quartierplan. Wenn ihr die Schnitte in dieser Vorlage aufschlägt, seht ihr, dass im Hochhaus Wohnraum sehr begrenzt ist. Es gibt in den oberen 3 – 4 Stöcken Penthauswohnungen und der Rest ist mit Büros besetzt. Die angrenzende Überbauung, geplant ist ein 3, 4 bis 5-stöckiger Häuserkomplex, auf einer Höhe, auf der wir doch bereits Gebäude in unserer Gemeinde haben und die von der Wohnqualität absolut im Durchschnitt sind. Darum verstehe ich die Diskussion gar nicht, wenn wir nun nur über das Hochhaus reden. Schaut den Quartierplan im Gesamten an, wie er ausgestaltet und ausgearbeitet ist und dies ist für mich entscheidend.

**GR Max Hippenmeyer:** Stefan Ackermann wollte eine Antwort vom Gemeinderat. Es ist nicht ganz einfach zu sagen, wie die Welt in 30 Jahren aussieht und dementsprechend sind die Prognosen auch schwierig. Tatsache ist, dass wir im Rahmen der Entwicklung von Pratteln eine Studie machen liessen. Tatsache ist, dass wir pro Jahr 150 neue Wohneinheiten brauchen, damit wir unseren Bevölkerungstand auch nur halten können. D. h. wir können unsere bestehende Infrastruktur weiterhin so auslasten, dass es sich gelohnt hat, diese einmal zu erstellen. Wenn man dies nicht zulassen würde, hätten wir zu gross dimensionierte Infrastruktur. Im Übrigen gibt es dort nicht hunderte von Wohnungen. Es gibt Hotel, Läden und Bürobetriebe, also eine gemischte Nutzung und so

habe ich keine Bedenken, dass uns diese Sache über den Kopf wächst. Wir müssen es situativ anschauen und wir stimmen nun über ein Projekt im Rahmen eines Quartierplanes ab, wo Investoren bereit sind, ihren Beitrag zur Weiterentwicklung von Pratteln zu leisten. Über die sozialen Aspekte diskutieren wir, wenn sie da und spruchreif sind. Jetzt sind sie noch nicht spruchreif.

**Präsenz:** Es sind 36 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das Einfache Mehr beträgt 19, das 2/3-Mehr 24 Stimmen.

#### Abstimmung zum Antrag von Daniela Berger

**Dieser Antrag** bezieht sich auf § 8 und möchte, dass im Anhang 1 Nutzungstabelle in der Spalte „zulässige Gebäudehöhen“ die Maximalhöhe dieses Gebäudes auf 45m festgelegt wird statt auf 82m.

://: Der Rat lehnt den Antrag mit grossem Mehr ab.

#### Fortsetzung der Lesung

E Nutzung und Gestaltung des Aussenraumes  
Hierzu liegt Antrag 1 der BPK vor.

#### Diskussion zum Antrag 1 der BPK

**Mario Puppato:** Viel Grünfläche ist gut, aber es gehört nicht in den Quartierplan; dies soll über die Baubewilligung geregelt werden. Sicher kann man damit leben, aber wir möchten nur das im Quartierplan haben, was unbedingt sein muss und daher lehnen wir diesen Antrag der BPK ab.

**Urs Hess:** Wir bitten, dem Antrag der BPK zuzustimmen: Es handelt sich um einen ausgewogenen Vorschlag. „Der Anteil der Grünfläche muss so gross als möglich sein“ gehört in § 18 und gleichzeitig gibt es den Anhang 3 mit Antrag 1b der BPK, wo wir die Leitlinie für die Platzgestaltung festlegen. Dies hängt miteinander zusammen und ich bitte euch, dem Antrag der BPK zuzustimmen.

#### Abstimmung zum Antrag 1a der BPK

://: Der Rat stimmt dem Antrag mit grossem Mehr zu.

#### Abstimmung zum Antrag 1b der BPK

://: Der Rat stimmt dem Antrag mit grossem Mehr zu.

#### Fortsetzung der Lesung

F Erschliessung und Parkierung  
G Ver- und Entsorgung, Lärmschutz  
Es gibt keine Wortmeldungen.

## H Realisierung und Ausnahmen

**Benedikt Schmidt:** Auch bei diesem Quartierplan komme ich mit dem Antrag zu den Bäumen. § 29 betrifft den QP-Vertrag und ich möchte beliebt machen, dass man wiederum wie vorhin die Aussage einbaut „Pflanzung und Pflege der Bäume nach den Grundsätzen der modernen Baumpflege (Bund Schweizer Baumpflege), so dass deren langfristiger Erhalt gesichert ist“. Die Argumente dafür und auch die Gegenargumente haben wir vorhin schon gehört. **Antrag der Unabhängigen und Grünen**

### Abstimmung zum Antrag der Unabhängigen und Grünen

://: Der Rat stimmt dem Antrag mit 23 Ja gegen 9 nein bei 4 Enthaltungen zu.

**Antrag 2 der BPK:** Dieser Antrag ergänzt § 30 Abs. 2 mit folgenden Satz: „Grössere Abweichungen vom städtebaulichen Konzept, vom architektonischen Erscheinungsbild, von der Umgebungsgestaltung oder der Erschliessung dürfen nur aufgrund einer Quartierplanänderung erfolgen.“

### Das Wort wird nicht ergriffen und es folgt die Abstimmung zu Antrag 2 der BPK

://: Der Rat stimmt dem Antrag einstimmig zu.

### Fortsetzung der Lesung

Anhang keine Wortmeldungen

Die 1. Lesung ist abgeschlossen.

---

## **Geschäft Nr. 2759**

## **Netzsanierung und -ausbau GGA**

### Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 24. Oktober 2011

**GR Ruedi Brassel:** Es handelt sich eine technische Vorlage. Wir haben erläutert, dass die GGA-Netzsanierung schon vor 4 Jahren angeplant wurde. Man hat sich damals schon überlegt, ob man die Aktivkomponenten im Netz erneuern will und hat seinerzeit davon abgesehen. Dies zu Recht, weil die Aktivkomponente bis jetzt einigermaßen gehalten hat. Nun sind sie 13 Jahre alt und man kann sehen, dass die erste Sanierung dieser Komponenten 1998 erfolgte, 13 Jahre nach der ersten Instandstellung 1985. Offenbar halten sich diese Komponenten an die Dreizehnjahre-Regelung und müssen jetzt wieder ersetzt werden. Für Anlagen in diesen Bereich ist 13 Jahre ein stattliches Alter. Es geht darum, mit diesem Ersatz der Aktivkomponenten und einem verfeinerten Netz unseren Glasfaseranteil erweitern zu können, sodass wir unser Netz so sanieren können, dass es von der Leistungsfähigkeit her das bringt, was heute auch FTTH bringen kann. Es gibt noch kein Fiber zu jeden Haushalt und Glasfaser führt noch nicht zu jedem Haus und auch noch nicht in jede Wohnung, aber die Leistungsfähigkeit ist neu so gewährleistet, dass kein Unterschied besteht und vor allem für die Phase, die nachher von den Haushalten ins Netz hinauf eine grössere Bedeutung erhält und für die Phase, die heute nicht vorhanden ist, wird man Glasfaser in beide Richtungen nutzen können. Für

diese Phase sind wir optimal mit dieser Netzsanierung vorbereitet und können dann mit vergleichsweise geringen zusätzlichen Investitionskosten eine solche Erneuerung machen. Dies steht aber sicher noch mehrere Jahre aus. Die Investitionen in die Glasfasernetzwerkerweiterung in die Aktivkomponente, die wir mit dieser Vorlage realisieren, verlieren ihren Wert nicht. Im Gegenteil, sie werden Grundlage für eine spätere Realisierung von Glasfaseranschlüssen in jeden Haushalt. Ich bitte sie, den Investitionskredit von CHF 1.785 Mio. zu bewilligen, damit wir auch in Zukunft ein Glasfaser- und Kabelnetz, ein Multimedianeetz haben, um das uns viele Gemeinden beneiden, und wo wir mit unserer Kopfstation zusammen mit einer Partnergemeinde ein unvergleichbar günstiges Angebot an Dienstleistungen anbieten können zu Preisen, die man sonst praktisch nicht erreicht. Diesen Standard und Service wollen wir halten und dazu braucht es diese Investitionen, die im Übrigen durch die Eigenkapitalbildung der GGA weitestgehend abgedeckt sind.

### Das Büro beantragt Eintreten und Direktberatung

#### Eintreten

**Albert Willi:** Die SVP-Fraktion ist für Eintreten und Direktberatung und wir werden dem Kredit zustimmen. Unsere Kunden sollen weiterhin ein attraktives und günstiges Angebot erhalten. Wir müssen unbedingt unsere günstige Hausmarke schützen und darum müssen wir auch darin investieren.

### Eintreten ist unbestritten; es folgt die Direktberatung

**Kurt Lanz:** Auch wir unterstützen diese Vorlage. Es scheint uns wichtig, dass wir eine gut funktionierende GGA haben oder ein gut funktionierendes Multimedianeetz, wie es die Fachleute lieber hören. Mir persönlich gefällt Punkt 2.2 am besten und weise an dieser Stelle darauf hin, dass ich am 30. 3. 2009 einen Vorstoss zu „Fiber to the home“ gemacht habe und dort wurde bereits über dieses Thema geredet. Ich habe das Gefühl, dass in dieser Beziehung noch zu wenig gegangen ist und ich bitte den Gemeinderat, wenn man schon diesen Umbau macht, tatsächlich vermehrt auf die Glasfasern direkt zum Haus zu schauen. Dass man es nicht gerade überall machen kann, verstehe ich auch, aber wo sich Gelegenheit bietet, weil man sowieso ein Kabel wechseln muss, bitte ich den Gemeinderat, dort mit der neueren Technologie vorwärts zu machen. In diesem Sinn unterstützen wir diese Vorlage.

**Andreas Seiler:** Telekommunikationsnetze sind heute wichtige Standortfaktoren und aus diesem Grund ist die FDP-Fraktion für diese Vorlage. Wir wollen und haben hier keine Luxusbauweise, sondern den Stand der Technik und das, was man erwarten kann, um gute Kommunikationsdienstleistungen zu einem vernünftigen und zahlbaren Preis zu erhalten. Darum unsere Zustimmung.

### Abstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Der Investitionskredit von CHF 1'785'000.-- für die Sanierung und den Ausbau des GGA-Netzes wird bewilligt.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Ablauf der Referendumsfrist: 27. Dezember 2011.

---

## **Geschäft Nr. 2749**

## **Teilrevision des Reglements über die Kinder- und Jugendzahnpflege - 2. Lesung**

### Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 18. August 2011
- An die 1. Lesung angepasstes Reglement vom 26. Oktober 2011

**Dieter Stohler:** Ich danke dem Gemeinderat für die Anpassungen der Reglements. Es ist jetzt so in Ordnung, wie wir es uns vorgestellt haben und die FDP-Fraktion kann einstimmig zustimmen.

**Bruno Baumann:** Auch die SP-Fraktion kann diesem Reglement so zustimmen und wir danken dem Gemeinderat für diese Arbeit.

*Bei der 2. Lesung wird das Wort nicht ergriffen und es folgt die Schlussabstimmung*

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr:

://: Die Teilrevision des Reglements über die Kinder- und Jugendzahnpflege vom 15. Dezember 1997 (Ord. Nr. 09.02) wird gemäss Änderungserlass verabschiedet.

Das Reglement unterliegt dem fakultativen Referendum. Ablauf der Referendumsfrist: 27. Dezember 2011.

---

## **Geschäft Nr. 2750**

## **Neues Reglement über den Kreismusik- schulfonds - 2. Lesung**

### Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 25. August 2011

*Bei der 2. Lesung wird das Wort nicht ergriffen und es folgt die Schlussabstimmung*

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Das Reglement über den Kreismusikschulfonds (Ord. Nr. 03.03.14) wird gemäss Änderungserlass verabschiedet.

Das Reglement unterliegt dem fakultativen Referendum. Ablauf der Referendumsfrist: 27. Dezember 2011.

---

## Geschäft Nr. 2650

## Teilrevision Zonenplan Landschaft mit Zonenreglement Mutationen Nr. 2 - 9 - 2. Lesung

### Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 31. Mai 2011
- Tischvorlage der BPK vom 27. August 2011
- An die 1. Lesung angepasste Unterlage vom 20. Oktober 2011

Bei der 2. Lesung wird das Wort nicht ergriffen und es folgt die Schlussabstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Der Einwohnerrat stimmt den Mutationen Nr. 2, 3, 5, 6, 7, 8 + 9 im Zonenplan Landschaft, dem Lärmempfindlichkeitsplan Landschaft sowie dem Zonenreglement Landschaft zu. Der Gemeinderat wird mit der Durchführung des weiteren Verfahrens beauftragt.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Ablauf der Referendumsfrist: 27. Dezember 2011.

---

## Geschäft Nr. 2763

## Sondervorlage Projekt Frühe Förderung

### Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 25. Oktober 2011

**GR Elisabeth Schiltknecht:** Ich weiss nicht, ob eine Koordinations- und Informationsstelle Standort fördernd ist, aber es ist so, dass wir in unseren Kindergärten zunehmend Kinder haben, die mit mangelnden sprachlichen, motorischen, sozialen Fähigkeiten eintreten. Dies hat zur Folge, dass man schon sehr früh Fördermassnahmen in die Wege leiten muss, was hohe Kosten verursacht. Der Gemeinderat hat aus diesen Erfahrungen und auch jenen des projet urbain, entschieden, ein Konzept „Frühe Förderung“ zu erarbeiten. In dieser Sondervorlage sind diese Informationen sehr detailliert enthalten, was Frühe Förderung bedeutet, Informationen über das Gutachten und auch schriftliche Informationen über das Projekt, das wir schrittweise realisieren wollen. Das Gutachten bestätigt uns ein vielseitiges Angebot, das wir in Pratteln vorfinden, aber es fehlt eine Koordinations- und Informationsstelle. Es fehlen Massnahmen, wo man benachteiligte Personen und Familien mit Defizit, abholt und informiert, welche Angebote vorhanden sind und was sie als Eltern selber beitragen können. Wir haben auch keine oder nur sehr wenig Vernetzung unter den verschiedenen Akteuren und auch zu wenig Vernetzung zwischen Frühförderung und der Schule. In unserem Antrag für die Koordinationsstelle und für das schrittweise Programm verfolgen wir die Strategie, dass wir früh investieren, damit wir nicht später reparieren müssen. Dies kann langfristig Kosten vermeiden, die durch Sonderschulung oder spezielle Massnahmen entstehen und ermöglicht, dass wir die Eltern auffordern, sich an der Erziehung zu beteiligen und nicht abzuwarten, bis dies in der Schule oder im Kindergarten erfolgt. Es ermöglicht uns auch, dass wir sozioökonomische benachteiligte Familien aufsuchen können und ihnen Unterstützung geben, dass sie ihren Beitrag leisten, damit ihre Kinder mit 4 Jahren fit für den Kindergarten sind und dort keine Defizite haben oder mindestens nicht nachholen müssen, damit sie den anderen Kindern folgen. Was bewirkt eine solche Informations- und Koordinationsstelle? Sie verbessert die Familienstrukturen, sie ermöglicht Familien mit Kindern, die einen

Nachholbedarf haben, dass man ihnen Unterstützung geben kann. Sie wissen, wo sie Unterstützung holen und welche Angebote es gibt, und sie können dies selbständig in die Wege leiten und sich mit ihren Kindern an solchen Angeboten beteiligen. Es unterstützt auch die Vernetzung und Diejenigen, die im Frühbereich tätig sind und auch die Öffentlichkeit weiss mehr über die Chancen und Möglichkeiten, die eine Frühförderung beinhaltet. Damit wir dies einrichten können, benötigen wir eine Stelle von 40% und eine schrittweise Realisierung dieses Projektes. Nach 4 Jahren möchten wir evaluieren, ob diese Stelle etwas gebracht hat und ob es der richtige Weg ist. Eine verbesserte Koordination und Information kommt allen Eltern dieser Gemeinde zu gute; es ist nicht so, dass wir uns nur auf Familien fokussieren, die Defizite haben könnten, es ist auch für die Anderen wichtig, zu wissen, was es gibt und wie sie mit ihren Kindern daran beteiligen können. Weiter empfiehlt der Gemeinderat das Projekt „schritt:weise“. Dieses Programm läuft seit Jahren in verschiedenen Städten. In der Schweiz ist es in Bern, Winterthur usw. und auch in Liestal in Anwendung. Mich hat sehr erfreut und auch erstaunt, dass alle Kinder, die mitgemacht haben, in diesen 18 Monaten Deutsch gelernt haben und auch so reden. Für alle Kinder ist ein Anschlussprogramm vorhanden (Spielgruppe oder eine andere Förderung) und alle Mütter haben ebenfalls gelernt, besser deutsch zu reden und alle Mütter sind nun in einem Deutschkurs. Alle Familien wissen auch, wie man mit Kindern umgeht und wie weit ein Kind sein muss. Sie haben gelernt, mit ihren Kindern zu spielen und sie in den Haushalt einzubinden, damit sie die Sprache lernen und auch mit ihren Händen umzugehen. Dies sind ja die Hauptmerkmale, an denen wir feststellen, dass viele Kinder die wichtigen Mittel Sprache, Umgang, Spielkönnen und sich konzentrieren, nicht haben. Und diese Mittel will man fördern. Die schrittweise Investition in ein Koordinations- und Informationsstelle lohnt sich aus unserer Sicht, weil man die Kosten für eine spätere Integration sparen kann und weil Eltern befähigt werden, ihre Kinder zu erziehen, weil wir eine bessere Koordination haben. Im Interesse dieser Kinder bitte ich sie, auf die Vorlage einzutreten und diese Stelle und das Projekt zu bewilligen, befristet auf 4 Jahre.

### Das Büro beantragt Eintreten und Direktberatung

#### Eintreten

**Dominique Häring:** Wir von der CVP haben uns auch Gedanken dazu gemacht und sind für Eintreten und Direktberatung. Eine Gedankenstütze: Im Jahr 2001 hat die OECD eine Studie zum Thema „Starting strong“ gestartet und schon dort wurde nach 4 Jahren festgestellt, dass es bei den 34 Mitgliedsstaaten, zu denen auch die Schweiz gehört, wichtig ist, in vorschulische Bildung und Erziehung zu investieren und dies auch zu finanzieren.

**Erich Schwob:** Wir haben uns in der Fraktion den Kopf darüber zerbrochen und sind nicht gleicher Meinung. Es hat wunderschön getönt, wie GR Elisabeth Schiltknecht gesagt hat „Alle Mütter haben besser deutsch gelernt; alle Kinder haben besser deutsch gesprochen“. Man muss dies so anschauen, dass es sich nur auf jene bezieht, die mitgemacht haben. Diejenigen, die mitgemacht haben, sind diejenigen, die wollen und alle die nicht wollen, fallen noch immer zwischen den Maschen hindurch. Das sind genau diejenigen, für die in den Schulen das ganze Aufhebens gemacht wird und die zu den Problemfällen gehören, die nicht vorwärts kommen. Man kann einige Wenige auffangen, da gebe ich Recht, und ich kann auch einer Koordinationsstelle zustimmen, die denen sagt, dass es etwas gibt und dass es sie auch nützen sollen. Aber man kann Niemanden dazu zwingen; man müsste mit der Schule schon beginnen, wenn sie zur Welt kommen. So gesehen, fallen immer noch sehr Viele durch die Maschen. Dann weiss ich, dass es schon einmal eine andere Version davon gegeben hat, die viel günstiger gewesen wäre, aber der Gemeinderat wollte nicht darauf einsteigen und hat nicht einmal Antwort gegeben auf das, was er erhalten hat. Der Informationsstelle kann ich zustimmen, aber beim

Konzept muss ich Nein sagen. Wir sind für Direktberatung, werden das Ganze aber ablehnen.

**Stephan Ackermann:** „Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmer mehr.“ Viel mehr müsste man zu diesem Geschäft gar nicht sagen. Trotzdem ist die Unterstützung der Fraktion der Unabhängigen und Grünen zum Antrag des Gemeinderates nicht aus voller Überzeugung. Wir bezweifeln, und da sind wir mit dem Vorredner einig, dass die Basis der Freiwilligkeit zum Erfolg führt. Das bestätigen uns auch verschiedene Exponenten der Kinder- und Jugendarbeit in unserer Gemeinde. Genau die Familien, die es am dringendsten nötig haben, erreichen wir so leider nicht. Weiter stellen wir die Koordinationsstelle in diesem Umfang und in dem gesamten Zeitraum in Frage. Ist das wirklich nötig, weil wir mit der Koordinationsstelle noch Niemanden fördern? Aber dass man in der Gemeinden weiss, wo was angeboten wird, muss schon klappen, aber muss dies wirklich 4 Jahre lang mit einer Stelle betreut werden? Das Konzept „schritt:weise“ konnte uns nicht ganz überzeugen, ich bin jedoch froh, dass GR Elisabeth Schiltknecht es noch erläutert hat. Die Frage für uns war, wie denn ein holländisches Konzept auf unsere Verhältnisse und die Gemeinde Pratteln passt. Erwähnt wurde, wo dieses in der Schweiz angewendet wird und das Beispiel der Stadt Liestal gebracht. Ich finde dies ein sehr interessantes Beispiel und sehe auch Potential für Pratteln. Daher meine Frage „Wie weit hat man den Ansatzpunkt der Stadt Liestal weiter verfolgt? Ich weiss nicht, wie weit dies „schritt:weise“ noch ist oder ob es etwas anderes ist. Die Stadt Liestal redet von einer „Frühförderung der Sprachkompetenz und der Basisfähigkeit“. Ist das vergleichbar oder ist es etwas Anders? In Liestal werden alle bildungsfernen Familien angeschrieben, und dies von der Schulleitung selber und auch das Angebot hingewiesen und so ist der Rücklauf viel grösser, weil es einen amtlichen Charakter hat. Die Rücklaufquote beträgt in der Stadt Liestal 76% und dann erhalten die Kinder zwei Mal in der Woche je 2 Lektionen Frühförderung und die Gesamtkosten für Liestal belaufen sich auf CHF 50'000. „Ist dies hier mit diesem vergleichbar oder was wurde in Liestal mit „schritt:weise“ gemacht?“. Es mag überraschen, warum die Fraktion der Unabhängigen und Grünen trotzdem den Antrag unterstützt, wenn wir auch wirklich eintreten, aber das erzähle ich, wenn wir darauf eingetreten sind.

**Rosa Calicchio:** Leider haben wir in Pratteln einige sozial benachteiligt Familien. Nicht nur Fremdsprachige, sondern auch Schweizer Familien sind betroffen. Das Programm „schritt:weise“ stärkt die vorhandenen Ressourcen und Kompetenzen der Familien und fördert die Eigenverantwortung der Eltern. Kinder erhalten vielseitige Anregungen und werden so spielerisch auf die Spielgruppe und den Kindergarten vorbereitet. Dies ist ein kleiner, aber wichtiger Schritt der Integration von Familien mit Kleinkindern in die Prattler Gesellschaft. Dieser Schritt verhindert später offensichtliche Defizite und damit weit höhere Kosten. Damit ist der Motivator für dieses Programm, dass eventuelle Entwicklungsrückstände frühzeitig erfasst werden. Eltern und Kind werden so gefördert, dass die soziale, sprachliche, motorische und kognitive Entwicklung erfolgreich verlaufen kann. Nie lernt der Mensch so schnell so Viel wie in ganz jungen Jahren. Verpassen wir also diesen richtigen Zeitpunkt nicht. Warum eine Koordinationsstelle? Weil es in Pratteln so viele gute Angebote gibt, braucht es eine Koordinations- und Informationsstelle für die Frühe Förderung, um den Betroffenen die Angebote näher zu bringen und ihnen bei der Wahl behilflich zu sein und nicht zuletzt auch, um die Angebote zu vernetzen. Bitte stimmen sie daher diesem zeitlich befristeten Projekt zu.

**GR Elisabeth Schiltknecht:** Zum Projekt „schritt:weise“, zu dem sich Stephan Ackermann erkundigt hat: Es handelt sich um ein aufsuchendes Programm. Es richtet sich an Eltern mit Kindern ab 18 Monaten und man sucht vor allem Familien auf, die ein Defizit haben. Eltern, die nicht wissen, wie man mit Kindern spielt, wie man Kinder beschäftigt und Eltern mit schlechten Sprachkenntnissen. Es geht vor allem darum, dass man im ersten Teil, dies sind neun Monate, wöchentliche Besuche in den Familien macht, wo man den Eltern erklärt, was sie mit ihren Kindern machen könnten, wie man mit ihnen spielt, wie sie ihre Kinder am Leben der Familie beteiligen können, indem sie helfen,

Gemüse rüsten usw. Es geht auch darum, dass ihnen erste Sprachkenntnisse vermittelt werden und dass man die Kinder auch darauf vorbereitet, dass sie nach 18 Monaten in der Lage sind, in eine Spielgruppe zu gehen und dass damit auch bekannt ist, dass es Spielgruppen gibt und dass sie sich in einer Spielgruppe so auf den Kindergarten vorbereiten können, dass sie denselben Entwicklungsstand haben wie ein Kind, das unter Bedingungen aufwächst, die wir uns alle wünschen, mit intakter Familie, einer Familie, die einem Kind Möglichkeiten geben kann, sich so entwickeln, dass es ohne Probleme in den Kindergarten und in die Schule geht. Es geht darum, Wissenslücken oder Entwicklungslücken festzustellen und dann entsprechend zu fördern. Die Leiterin des „schritt:weise“ geht selber zu den Familien oder man erfährt es über den Kinderarzt, die Mütterberatung oder andere Stellen.

**Peter Häring:** Was GR Elisabeth Schiltknecht gesagt hat, tönt gut und auch die Frühförderung an sich ist unbestritten. Laut der Vorlage geht es darum, das Lernprogramm „schritt:weise“ innert 3 Jahren ca. 30 Eltern beizubringen. Diesen beizubringen, dass sie ihre vorkindergarten-schulpflichtige Kinder auf den Kindergartenstand bringen. 30. Wir haben dieselben Bedenken, die auch schon geäussert wurden: Es gibt sicher interessierte Eltern, die nach Vorlage ein vielseitiges professionelles Angebot nutzen können. Wir fragen uns jetzt, wie auch schon gesagt wurde, wie können die Familien erreicht werden, die es brauchen und wo die Kinder auch später erfahrungsgemäss Probleme machen, aber eine Zusammenarbeit aus kulturellen Gründen strikte ablehnen und eine Zusammenarbeit verweigern? Hier haben wir später Probleme. Es ist eine gute Sache, zu koordinieren, wir haben heute schon das projet urbain 2. Tranche, abgeseget. Ist es nicht möglich, im Rahmen des projet urbain genau diese Informationen auch zu verbreiten? Wir haben dann ja mehr Zentren und dies wäre möglich. Im Gegensatz zum Vorredner haben wir Mühe mit den Finanzen. Es tönt noch relativ gut und ich glaube keinen Moment daran, dass der hier vorgeschlagene Betrag ausreichen wird. Man geht davon aus, dass die Aufsuchenden gemäss Vorlage intensiv auf ihre Arbeit vorbereitet werden, nachher intensive Arbeit haben und das Alles ehrenamtlich machen. Ich glaube nicht, ob dies blauäugig ist und in diesem Sinn sind wir nicht für Eintreten.

**Urs Hess:** Als ich die Vorlage gelesen habe, kam sie mir etwas komisch vor. Es heisst, 30 Familien und CHF 360'000 – dies sind CHF 12'000 pro Familie, die wir aus Steuergeldern weiter geben. Wer seine Kinder anständig erzieht und gut mit ihnen umgeht, verzichtet auf diverses Einkommen, wenn ein Elternteil zu Hause bleibt und zu den Kindern schaut. Und diejenigen, die ihren Kindern nicht schauen wollen - da kommen wir, die brav arbeiten und Steuern zahlen - und erhalten noch gratis und franko, dass man sagt, wie es bei ihnen weitergehen soll. Hier sind wir in unserer Gesellschaft an einem Punkt angekommen, an dem ich mich Frage „Was ist denn hier sozial?“ Wenn man die Leute dazu zwingen muss, dass man sie etwas mit ihren Kindern machen? Ich frage den Gemeinderat „Wie viel zahlt er an dies?“ Beim Nichteintreten mache ich absolut mit und dies ist wahrscheinlich das Beste. Bei 30 Familien, wir haben dies schon bei den Krippenplätzen gehört - nachher braucht es 40, 60 oder 80 - dies ist ein Fass ohne Boden und dann werden die Aufträge sich noch selber zugeschoben, wo es auch noch eine Familie gibt, der man helfen könnte. Für mich funktioniert das nicht und ich bin für Nichteintreten.

**Daniela Berger:** Zum Aspekt der Freiwilligkeit/Nichtfreiwilligkeit: Wir haben in der Sozialhilfe vor allem Familien mit Migrationshintergrund, sei es im Asyl- oder normalen Sozialhilfebereich. Bis jetzt kommen nicht viele Anbieter, meistens ist es die Spielgruppe, die wir bis 2-mal in der Woche übernehmen. Ich bin sehr froh um ein solches Projekt bzw. die Koordinationsstelle. Diese hilft nicht nur den 30 Familien, sondern hilft auch, uns zu entlasten, indem wir wissen, dass Fachwissen vorhanden ist, das weiterhelfen kann, was das Kind/die Familie konkret braucht. Mit 30 Plätzen zu beginnen, tönt zuerst nach wenig. Denkt daran, es sind vielfach Familien, die nicht nur 1 Kind haben und beim 1. Kind kann man anleitend zeigen, was dann bei den Geschwistern von alleine läuft. Auch ich als Mutter habe beim 1. Kind Fehler gemacht und beim 2. es sicher besser gemacht. Wir

haben viele bildungsferne Familien in Pratteln und dies ist eine Tatsache, ob es Urs Hess passt oder nicht. Dann sollen wir auch dafür sorgen, dass sie sich integrieren können und darum bin ich froh um eine solche Koordinationsstelle, die uns auch Arbeit abnimmt und uns hilft, das Fachwissen denen zukommen zu lassen, die es brauchen. 30 Plätze zu Beginn sind besser als nichts und vielleicht reichen sie ja aus. Wir haben viele Familien, die wir nicht ganz freiwillig, sondern mit sanftem Druck in diese Richtung drücken, weil wir an die Familien den Anspruch haben, dass sie sich integrieren sollen und dies heisst auch, dass sie unsere Kultur und unser Bildungssystem zuerst kennen lernen müssen und dazu vielleicht sogar angeleitet werden. Zu den Kosten: Wenn gar nichts mehr geht, Urs Hess, dann kostet es in kurzer Zeit sehr viel mehr Franken, dies ist leider Realität und damit müssen wir leben.

**Kurt Lanz:** Ich finde wichtig, dass die Koordinationsstelle geschaffen wird, weil wir schon verschiedene Angebote haben und diese miteinander vernetzt werden müssen und dies muss jemand machen. Wenn es Niemand macht, findet die Vernetzung nicht statt. Zu den finanziellen Bedenken: Im Gegensatz zu allen anderen Vorstellungen, die heute schon erzählt wurden, handelt es sich um eine befristete Angelegenheit auf 4 Jahre und in 4 Jahren kann der Rat hierüber wieder befinden und es liegt ein Ergebnis vor, ob es nun eine gute oder nicht so gute Sache war. Es scheint mir etwas schräg, wenn man ein projet urbain, das mit Quartierentwicklung zu tun hat, für die Förderung von Kindern gebrauchen will. Ich sehe hier keinen Zusammenhang, warum man dies miteinander machen soll. Ich bitte sie, weil wir eine gute Integration wollen, dass sie auf die Vorlage eintreten und dieser auch zustimmen.

**Emanuel Trueb:** Auch wenn es schon spät ist, bin ich der Meinung, man solle auf das Geschäft eintreten. Nichteintreten würde bedeuten, die Türe zuzumachen und dies finde ich gerade bei diesem Thema heikel. Ich rede hier aus einer gewissen persönlichen Erfahrung. Wer mich kennt, weiss, dass die 1. Sprache, die ich gelernt habe, auch nicht Schweizerdeutsch war und ich hatte das Glück, im Kindergarten Schweizerdeutsch zu lernen. Ich hatte das Glück, in einer Familie aufzuwachsen, die nicht bildungsfern war, Andere hatten dieses Privileg nicht. Es geht darum, dass man die möglichen Problemfälle rechtzeitig erkennt und einer Förderung zuweist, damit sie sich später in unserer Gesellschaft bewegen wie wir, Urs Hess, uns das erhoffen und auch erwarten.

**Peter Häring:** Zu Kurt Lanz zum schrägen Bezug zum projet urbain: In der Vorlage steht „Synergien mit dem Quartierprojekt urbain werden angestrebt“. Daher meine Aussage.

**GR Elisabeth Schiltknecht:** Natürlich nutzen wir Synergien mit dem projet urbain, aber wir können nicht einem Quartierbeauftragten oder der Abteilung Stab quasi Fähigkeiten geben, dass sie sich auch noch um Kinderprobleme sorgen bzw. das Wissen für Kleinkinderfragen und deren Erziehung ist nicht vorhanden. Zur ehrenamtlichen Arbeit: In der Vorlage steht, dass wir in 3 Jahren je CHF 43'000 ausgeben wollen, also CHF 129'000 total für das Programm „schritt:weise“ und das Rote Kreuz denselben Betrag leistet. D. h. es ist klar definiert, was „schritt:weise“ kostet und wenn wir 30 Familien erreichen und 60 Kinder sind besser integriert, ist dies sicher ein grosser Nutzen. Eine spezielle Förderung in der Primarschule kostet gut und gerne CHF 10'000 – 15'000 pro Jahr und dieses Geld ist sehr schnell ausgegeben und wir haben nichts mehr dazu zu sagen. Wenn ich schaue, wie viel wir im ganzen Kanton für Sonderschulen ausgeben, nämlich CHF 53 Mio. und Pratteln schickt einige Kinder in diese Sonderschule, kostet uns dies auch und hierüber wird nicht abgestimmt, ob wir es brauchen oder nicht. Dort handelt es sich um eine Massnahme, die finanziert wird. Wenn wir nun diesen Versuch „schritt:weise“ starten mit besserer Koordination und mit Ansprüchen, die wir dann auch an die Anbieter stellen können, gibt es damit eine Möglichkeit, weniger Geld auszugeben und möglicherweise bessere Resultate zu erhalten. Vor allem geht es mir darum, dass ein Kind gut in die Schule kommt. Ihr müsst euch überlegen, was es für ein Kind bedeutet, immer im Rückstand zu sein. dies kann man nicht mehr aufholen. Stephan Ackermann hat es gesagt „Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmer mehr“ und dies ist wirklich Realität.

.Es geht darum, Kindern eine Chance zu geben, wenigstens am Anfang mitzukommen und die Schule normal bestreiten zu können und am Schluss einen Beruf zu erlernen und damit haben wir sie auch nicht auf dem Sozialdienst zur Unterstützung.

#### Abstimmung zum Eintreten/Nichteintreten

://: Der Rat beschliesst Eintreten (19 Stimmen für Eintreten, 17 Stimmen gegen Eintreten bei 0 Enthaltungen).

#### Direktberatung

**Dominique Häring:** Zuerst vielen Dank an die Projektorganisation für diese umfassende Sondervorlage. Trotzdem möchte ich ein paar Punkte nochmals erwähnen. Die ersten Jahre der Kindheit gelten als Zeitfenster mit besonderen Entwicklungs- und Lernchancen. Die Vermittlung von Erfahrungen, Sprach- und Sozialkompetenzen bildet letztlich den Grundstock für die kognitive und seelische Bewältigung von zukünftigen schulischen Herausforderungen. Kinder gehen in der frühen Kindheit Beziehungen ein und lernen, ihre Fähigkeiten zu entwickeln und sich ihre Lebenswelt anzueignen. Entwicklungs- und Bildungsprozesse kleiner Kinder sind in jeder Hinsicht abhängig von der Lebensumwelt, die ihnen ihre primären Bezugspersonen und andere Erwachsene bereitstellen. Spätestens ab dem dritten Lebensjahr, bedürfen Kinder aber neuer, den familiären Rahmen erweiternde und ergänzende Bildungsgelegenheiten. Es gibt viele Kinder, die beim Eintritt in den Kindergarten mangelhafte soziale Kompetenzen aufweisen, sich auffällig, unruhig und unausgeglichen verhalten, ein ausgeprägtes Bedürfnis nach Zuwendung und körperlicher Nähe haben und eine defizitäre Sprachkompetenz besitzen. Einige der Zahlen aus der Vorlage 2760, bei der es um die Aufstockung des Schulsozialen Dienstes geht, verdeutlichen diesen Umstand umso mehr. Wenn ich dies ausrechne, sind es etwa 20% der Kinder aus dem Schuljahr 2010/2011, die dies betrifft. Warum also nicht den Stier bei den Hörnern packen und jetzt tun, was wir in ein paar Jahren umso positiver spüren werden? Die Gemeinde verfügt über ein grosses Dienstleistungsnetz an unterschiedlichen Angeboten für Kleinkinder, nur kommen diese Angebote nur da an, wo sich die Eltern darum bemühen und sich diese Informationen holen oder über Mundpropaganda darüber erfahren. Noch sind all diese Informationen unsortiert, unkoordiniert, teilweise unvollständig oder nicht allumfassend vernetzt. Ich habe selber an zwei der Abklärungsveranstaltungen teilgenommen und war überrascht, wie viel die Gemeinde Pratteln bzw. verschiedene Vereine und Organisationen in dieser Hinsicht anbieten. Mit der Schaffung einer zentralen Anlaufstelle bzw. einer Stelle, die unter anderem für die Verbreitung der Informationen und Weitergabe von Unterlagen an die Zielgruppe beauftragt ist, erreichen wir weitaus mehr Eltern und bieten ihnen damit auch Hand, ihren Kindern weitere Chancen auf dem Weg zum Erwachsenwerden zu geben. Wir können die neuen Familienstrukturen und Werte nicht ändern, wir können uns aber dem Wandel anpassen und proaktiv etwas dafür tun und damit auch der Institution Familien eine neue Chance geben. Der volkswirtschaftliche Nutzen ist in der Vorlage ebenfalls enthalten. Die Fraktion der CVP ist für die Sondervorlage und unterstützt diese.

**Stephan Ackermann:** Wie ich beim Eintreten gesagt habe, möchte ich noch erklären, warum die Fraktion für die Anträge des Gemeinderates ist, obwohl wir beim Eintreten unsere Bedenken geäußert haben. Wir denken, dass wir gerne bereit sind, uns eines Besseren belehren zu lassen, indem uns der Gemeinderat erklärt, dass es sinnvoll ist, das Geld zu sprechen und wir hoffen, dass wir in 3 oder 4 Jahren sagen können, dass wir dieses Geld zum Glück bewilligt haben, weil es wirklich etwas bringt. Eine Randbemerkung: Ich lege dem Gemeinderat nahe, das Konzept oder Vorgehen von Liestal noch einmal anzuschauen, denn dieses läuft gut, wo man in dem Jahr vor dem Kindergarten-eintritt, die Kinder, die es nötig haben, abholt und wirklich zu einem grossen Prozentsatz

in den Unterricht einführen kann und diese Kinder sind am 1. Kindergarten tag wirklich so weit, wie sie sein sollten.

### Schlussabstimmung

Der Rat beschliesst mit 19 Ja zu 17 Nein bei 0 Enthaltungen:

://: Das Projekt Frühe Förderung wird mit Investitionsausgaben von CHF 369'000.-- für die Jahre 2012 bis 2015 bewilligt.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Ablauf der Referendumsfrist: 27. Dezember 2011.

---

## **Geschäft 2755 nicht behandelt.**

---

### **Fragestunde**

#### **Frage 1**

#### **Baumfällung im Siedlungsgebiet**

(Roger Schneider, Unabhängige Pratteln)

**GR Felix Knöpfel:** Frage 1: Nach welchen Kriterien werden Fällungen vorgenommen, nach welchen neue Bäume gepflanzt? Die im Prattler Anzeiger erwähnten Bäume leiden an Fäulnis. Der Werkhof ist bestrebt, wenn immer es geht, Bäume so lange als möglich zu erhalten. Wenn sie jedoch eine Gefahr darstellen oder umfallen könnten, müssen sie gefällt werden. Eine Fällung ist ganz klar die letzte Massnahme. Ersatzpflanzungen erfolgen nach 3 Kriterien: 1. Es muss ausreichend Platz sein zu Liegenschaften und Strassen, d. h. wenn der alte Baum im Weg war, probiert man, ihn zurück zu nehmen oder einen schlankeren Baum zu setzen. 2. Geplante Bauten in den nächsten 3 – 5 Jahren (Strassen, Gebäude) sind ebenfalls einbezogen 3. Es gelten die Sicherheitsabstände zu Tram und Bahngleisen und den entsprechenden Fahrleitungen. Frage 2: Wieviele Bäume werden insgesamt gefällt? Insgesamt werden 24 Bäume gefällt. Frage 3: Finden an allen Standorten Ersatzpflanzungen statt? Wenn nein, warum nicht? In der Regel erfolgt eine Ersatzpflanzung dort, wo der alte Baum gestanden ist, die Ausnahmen wurden vorhin unter Frage 1 erwähnt. Frage 4: Kommen bei den Ersatzpflanzungen auch Obstbäume in Frage? Im öffentlichen Raum pflückt Niemand das Obst. Dies würde auch oft den Bereich einer Strasse treffen und das Obst auf die Fahrbahn oder das Trottoir fallen. Man muss sich vorstellen, was passiert, wenn die Leute ausrutschen. Auch 2-Radfahrzeuge kämen nicht ganz ungeschoren über die reifen oder unreifen Äpfel. Anlass zu Klagen gibt immer wieder, dass bei reifen Früchten Wespen kommen und in diesem Bereich eine Wespenplage stattfinden könnte. Frage 5: Wird die Naturschutzkommission einbezogen? Der Werkhof hat genug Wissen um zu beurteilen, wann ein Baum gefällt werden muss oder nicht. Bestehen Zweifel, wird ein Gutachten eines externen Sachverständigen eingefordert und deshalb sieht der Werkhof davon ab, die Naturschutzkommission mit einzubeziehen.

Die Frage ist beantwortet.

---

Die Sitzung wird um 23.20 Uhr beendet.

Pratteln, 4. Dezember 2011

Für die Richtigkeit

**EINWOHNERRAT PRATTELN**

Der Präsident

Das Einwohnerratssekretariat

Philippe Doppler

Joachim Maass